

**Inklusive Infoteil der
Bezirksfraktion Altona**

ALiNa

**Altonaer
Linke Nachrichten**

ALiNa Nr. 8 • Winter 2015/16

Die hässliche Fratze des Rassismus

Es wird Zeit für eine andere Stadt!

**Die Flüchtlinge, das Baugesetz
und die Rendite**

Bomben schaffen keinen Frieden!



**DEUTSCHLAND:
EIN OPFER VON FLUCHT
UND MIGRATION?**

Deutschland ein Opfer der „Flüchtlingskrise“?

Weltweit erleben wir die größte Flüchtlingsbewegung nach dem Zweiten Weltkrieg mit derzeit über 60 Millionen Menschen. Der Versuch, die Flüchtlinge an den Außengrenzen der EU aufzuhalten, ist vorerst gescheitert. Hunderttausende suchen auch in Deutschland und Zehntausende in Hamburg nach einer neuen Zukunft. Nur ein Bruchteil der Menschen, die aus ihrer Heimat vor Krieg, Gewalt, Elend und Verfolgung fliehen müssen, schafft es bis nach Europa. Der weitaus größte Teil bleibt in den Regionen.“

Die Bundesrepublik Deutschland ist kein Opfer der „Flüchtlingskrise“, sondern gemeinsam mit den USA und der EU deren Hauptversacherin.

Die westlichen Industrienationen sind maßgeblich Gestalter einer Weltordnung, bei der es darum geht, kapitalistische Profit- und Machtinteressen durchzusetzen und auszuweiten. In Deutschland sitzen die FluchtversacherInnen u.a. in den Führungsetagen von Bayer, ThyssenKrupp, Rheinmetall, Deutsche Bank, Heckler & Koch, Blohm + Voss etc. und auf den Regierungssesseln deutscher Parlamente.

land. Saudi-Arabien führt seinen Krieg im Jemen auch mit deutschen Waffen. Deutsche Waffen und deutsches Geld



Situation am Hamburger Hauptbahnhof. Von offizieller Seite heißt es, die Geflüchteten seien Durchreisende, für die man nicht zuständig sei. Der Paritätische Wohlfahrtsverband und viele freiwillige HelferInnen begrenzen die Not. Foto: M.Klaus

morden mit in aller Welt. Vom Westen verursachte Regimewechsel hinterlassen zerstörte Staaten, verfeindete Religionen und Ethnien, verwüstete Wirtschaften und Terror.

Armut, Unterernährung und Fluchtbewegungen entstehen auch dort, wo es keine kriegerischen Auseinandersetzungen gibt durch

die Gier transnationaler Konzerne aus USA, EU und anderen G7-Staaten nach fossilen Energieträgern und anderen Rohstoffen sowie nach

die Nutzung immer größerer Flächen in Ländern des globalen Südens für die Nahrungsmittel-Fleisch- und Treibstoffproduktion in den reichen Ländern des Nordens.

Die Lebensinteressen von Milliarden Menschen werden Konzerninteressen untergeordnet. Besonders in den äquatornahen Ländern nehmen die Folgen des

Klimawandels immer mehr Menschen die Lebensgrundlagen. Die Böden verkarsten, Grundwasserspeicher versalzen, Küstengebiete gehen verloren, immer heftigere Unwetter vernichten die Lebensgrundlagen von Milliarden Menschen.

In den Ländern des globalen Südens, die den Klimawandel nicht verursacht haben, besitzen die Menschen nur geringe Möglichkeiten, sich vor den Folgen des Meeresspiegelanstiegs, Dürren und andere Extremwetterereignissen zu schützen.

Durch die Ausbeutung von Ressourcen im Mittleren Osten, in Afrika sowie in weiteren Regionen werden soziale Grundlagen in den jeweiligen Gesellschaften zerstört und ganze Staaten langfristig destabilisiert. In der Folge lösen sich staatliche Ordnungen auf, „gescheiterte Staaten“ entziehen der politischen Willensbildung die Grundlage. Große Teile der betroffenen Bevölkerungen sind zu Binnenflüchtlingen und „displaced persons“ geworden.

Ihre Überlebenschancen in der Nähe der Konflikt- und Kriegsgebiete hängen an den Flüchtlingslagern der UN-Hilfsorganisationen.“

Marlit Klaus

Alle Zitate aus den Flüchtlingspolitischen Leitlinien der Linkspartei Hamburg, die auf dem Landesparteitag am 22.11.2015 beschlossen wurden.



Gegendemonstration bei der AFD-Kundgebung am 31.10.2015 Foto: M.Klaus

„Die Vereinigten Staaten haben ihre Kriege um Rohstoffe und Einflusszonen immer mit Beteiligung europäischer Länder geführt. US-Drohnen morden mit logistischer Unterstützung aus Deutsch-

der Herrschaft über die Handelswege, um Höchstprofite zu erzielen die Zerstörung nationaler Wirtschaftsstrukturen durch sogenannte Freihandelsabkommen

Deutschland im Herbst 2015

Die hässliche Fratze des Rassismus

Das Bundeskriminalamt verzeichnet in seiner Statistik 576 Angriffe auf Flüchtlinge und Flüchtlingsunterkünfte, die bis zum 19. Oktober erfolgten. Mehr als

trierte 63 Brandanschläge gegen Flüchtlingsheime, davon 37 gegen bewohnte Einrichtungen! Die Täter wissen um die Gefährdung der Menschenleben und



AFD-Kundgebung und GegendemonstrantInnen am 31.10.2015 Foto: M.Klaus

die Hälfte aller Taten wurden im dritten Quartal dieses Jahres verübt („antifa“, Nov./Dez. 2015, Magazin der VVN/BDA)! Das Antifaschistische Pressearchiv und Bildungszentrum Berlin regis-

um die traumatisierende Wirkung auf die Flüchtlinge. Sie sind offenbar bereit, Morde zu begehen.

Das Menschenbild der TäterInnen ist von rassistisch geprägten Vorurteilen,

INHALTSVERZEICHNIS:

- 2 Deutschland ein Opfer der „Flüchtlingskrise“?
- 3 Die hässliche Fratze des Rassismus
- 5 Das Geschäft mit dem Krieg
- 5 Schule für Migrant*innen und Flüchtlinge – Ein Erfahrungsbericht
- 6 Zurück ins sichere Herkunftsland
- 7 Nachgedacht
- 7 Nicos Farm lädt auch Flüchtlingskinder zum Laternenumzug ein
- 8 Informationen aus der Bezirksfraktion: Die Flüchtlinge, das Baugesetz und die Rendite
- 9 Informationen aus der Bezirksfraktion: Es wird Zeit für eine andere Stadt
- 11 Informationen aus der Bezirksfraktion: Bahnhof-Altona am Friedhof
- 12 Informationen aus der Bezirksfraktion: „Spritzenplatz bleibt!“
- 13 Informationen aus der Bezirksfraktion: Hände weg vom Schanzenhof!
- 14 Volksinitiative: „Rettet den Volksentscheid“ erfolgreich!
- 14 Frieden für Kurdistan – weg mit dem PKK-Verbot
- 15 Der Skandal HSH Nordbank ist noch nicht beendet!
- 16 335.638 mal nein – Olympia in Hamburg ist Geschichte, bevor sie beginnen konnte
- 17 ALiNa-Interview: Die Methode von Karl Marx und Friedrich Engels
- 18 Bomben schaffen keinen Frieden, sie schaffen Terroristen!
- 19 Bilderrätsel
- 19 Bücherkiste Links: Sozialismus as soon as possible
- 20 Regelmäßige Termine und Impressum

Ängsten, Haltungen und vom Glauben geprägt, bei allen „Fremden“ handele es sich per se um Menschen, die zu kriminellen Handlungen neigen würden. Solche Überzeugungen überraschen bei Neo-Nazis und Altfaschisten nicht. Doch ihnen gelingt es viel zu häufig, andere Bürgerinnen und Bürger mitzuziehen, wenn sie gegen geplante Flüchtlingsunterkünfte polemisieren. Plötzlich äußern „brave Bürger“ ihre Angst vor bevorstehenden Übergriffen, Diebstählen, Belästigungen und Vergewaltigungsversuchen seitens der Flüchtlinge. Sie sitzen einem Schreckensszenario auf, das sich in ihren Köpfen abspielt, aber einer realistischen Grundlage entbehrt. Der Weg zum Zündeln scheint bei manchen von ihnen nicht weit zu sein, so wie es im Fall eines Familienvaters in Escheburg bei Hamburg war, wir berichteten in der letzten Ausgabe der ALiNa darüber.



AFD-Kundgebung am 31.10.2015 Foto: M.Klaus

Bei 106 der über 500 Delikte konnten 228 Verdächtige ermittelt werden, darunter einige Mehrfachtäter. Meist habe es sich um Männer im Alter von 18 bis 35 Jahre gehandelt. Aber zwei von dreien, so Spiegel Online vom 22.10.2015, „hatten nach Erkenntnissen der Behörden keine >rechten Bezüge<. Das heißt, sie bewegten sich bislang nicht im rechtsextremistischen Spektrum. Ein Drittel wiederum entstammt eindeutig der rechten Szene.“

Im sächsischen Meerane versammelten sich vor wenigen Wochen mehr als 200 Menschen am Bahnhof, die gegen die ankommenden 700 Flüchtlinge demonstrieren wollten. Es kam zu Auseinandersetzungen mit der Polizei wie auch am selben Abend, als wenigstens 80 Menschen den Weitertransport der Flüchtlinge mit Bussen blockieren wollten. In Freital und in Heidenau gab es fremdenfeindliche Krawalle, an denen sich auch jene beteiligten, die nicht aus der rechtsextremen Szene bekannt waren. In Freital wurden zudem noch ein Anschlag auf eine Asyl-

Unterkunft und ein Sprengstoffanschlag auf das Auto eines Politikers der Linken verübt (s. Hamburger Abendblatt vom 02.11.15). 25 Vermummte schlugen in Pirna zwei Flüchtlinge zusammen. Der Reigen von hinterhältiger Gewalt ließe sich geradezu beliebig fortsetzen. Die Aufklärungsquote ist gemessen an der Zahl der Taten und der daran beteiligten Täter viel zu niedrig.

Die Aufmärsche in Leipzig, Dresden, München, Berlin und in vielen anderen Städten werden sehr stark von Neo-Nazis beeinflusst, wenn nicht gar gelenkt. In München steuert Pegida gezielt Plätze und Gebäude an wie den Odeonsplatz mit der Feldherrnhalle. Nach der Pegida-Kundgebung drangen Neo-Nazis in die Feldherrnhalle ein und skandierten rechtsradikale Parolen (SZ -Online vom 13.10.2015). Der verbotene Hitlergruß wurde ebenfalls gezeigt. Am 9. November

1923 marschierten Adolf Hitler und weitere Faschisten und Ultrarationale beim sogenannten Hitler-Ludendorff-Putsch auf die Feldherrnhalle zu. Sie wurden nach Schießereien mit der Polizei blutig gestoppt. Nach der faschistischen Machtergreifung 1933 besaß dieser Ort einen hohen symbolischen Stellenwert bei den Nazis. Neo-Nazis von heute greifen gern darauf zurück und viele Pegida-TeilnehmerInnen billigen es offenbar ohne Probleme.

In Dresden wird unverhohlen gehetzt. Lutz Bachmann, einer der Hauptorganisatoren der Dresdner Pegida-Aufmärsche bezeichnete Flüchtlinge als „Gelumpe“, „Dreckspack“ und „Viehzeug“. Die offen rassistische, homophobe und rechtsextreme Hauptrednerin bei Pegida, Tatjana Festerling, sprach über die Flüchtlinge als „Invasoren“ und „angreifende Horden“ (Zeit Online, 11.11.2015). Pegida-Demonstranten tragen Plakate mit Galgen, an den wahlweise Bundeskanzlerin Angela Merkel oder der SPD-Parteivorsitzende Sigmar Gabriel hängen. Deutlicher geht es kaum. Warum solche Plakate so offen mit sich geführt werden dürfen, ist nicht nachvollziehbar! Tatjana Festerling kandidierte für Pegida als Oberbürgermeisterin für Dresden und erhielt im ersten Wahlgang 9,6% der Stimmen. Die

AFD (!) schloss sie im Frühjahr 2015 aus der Partei aus, weil sie ausdrücklich die gewalttätigen Hooligan-Ausschreitungen in Köln (Hooligans gegen Salafismus) gelobt hatte.

Die CSU spricht zwar nicht von „Dreckspack“, schürt aber ebenfalls gern Ängste. So äußerte der CSU-Generalsekretär gegenüber der Passauer Neue Presse am 20. Juli folgendes: „An den Grenzen stehen 60 Millionen Flüchtlinge. Wie sollen wir dieser Massen Herr werden? Wir können nicht die ganze Welt retten.“ Ähnlich drückte sich auch Bayerns Finanzminister Markus Söder im Oktober im gleichen Blatt aus. Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble verglich bei einer Veranstaltung des Centrums für Europäische Politik (CEP) den Flüchtlingsstrom nach Deutschland gar mit einer Lawine und bemühte so das Bild einer unausweichlichen Gefahr.

Tatsächlich sind bisher fast 60 Millionen Menschen auf der Flucht, doch sie stehen mit Sicherheit nicht an Deutschlands Grenzen. Diese Zahl veröffentlichte das Flüchtlingshilfswerk der Vereinten Nationen, UNHCR, am 18.06.2015. 38,2 Millionen von ihnen sind innerhalb ihres Landes vor Terror und Bürgerkrieg geflüchtet. 86,6% der übrigen 19,2 Millionen, die ihre Länder verlassen mussten, befinden sich in der Regel in den sogenannten Entwicklungsländern, meist Nachbarstaaten der Konfliktländer. Das relativiert das Gerede von Scheuer & Co. Es ist die Stimmungsmache dieser Art, die viele BürgerInnen zu radikalisieren scheint und den rassistischen und faschistischen Mob darin bekräftigt, Menschenleben zu bedrohen und Flüchtlingsunterkünfte anzuzünden. Das und ihr Menschenbild unterscheidet sie übrigens nicht von den IslamistInnen des Kalifats.

Nach den furchtbaren, hinterhältigen und unentschuldabaren Terrorangriffen in Paris steht zu befürchten, dass die Flüchtlings- und Asyldebatte in eine schreckliche Schiefelage geraten wird. Es könnte ein politisches Klima erzeugt werden, in dem plötzlich jedem Flüchtling mit Misstrauen begegnet, in jedem irakischen oder syrischen Flüchtling ein islamistischer Terrorist gesehen und der Ruf nach geschlossenen Grenzen wachsen wird. Ein gesellschaftlicher Ruck nach Rechtsaußen wäre der Tod demokratischer Überzeugungen. Deshalb ist es umso wichtiger, sich dieser Stimmungsmache entgegenzustellen und die Willkommenskultur zu leben.

Volker Vödisch

Deutsche Rüstungsexporte

Das Geschäft mit dem Krieg

In der aktuellen Flüchtlingsdebatte wird immer wieder auf die deutschen Waffenexporte verwiesen, gerne auch frei nach dem Motto: „Jede verkaufte Waffe kommt als Flüchtling zu uns zurück.“ Ich finde diese Argumentation eher zweischneidig, denn immer wieder schwingt in ihr die Haltung und Hoffnung mit, dass dann weniger Flüchtlinge nach Deutschland kommen, wenn man die Waffenexporte einstellt. An dieser Stelle ist mir wichtig, dass wir als LINKE die Waffenexporte aus vielen guten Gründen ablehnen, und zwar nicht erst seit der Flüchtlingsdebatte der letzten Monate.

Andererseits ist es natürlich völlig richtig, dass Krieg eine zentrale Fluchtursache ist. Und dass wir seit Jahren in allen Kriegen und Konflikten auch deutsche Waffen finden. Wo immer auf der Welt geschossen wird, deutsche Waffen sind dabei. Die Menschen, die gerade aus den Kriegen in Afghanistan, Syrien, Sudan oder Somalia fliehen, fliehen auch vor deutschen Waffen. Wenn die Bundesre-

gierung also heute über Fluchtursachen redet, muss sie auch über die Rolle deutscher Waffenexporte reden – und sie vor allem stoppen!

Deutschland gehört weltweit zu den vier führenden Waffenverkäufern. Alle



Foto: Die Linke

Bundesregierungen der letzten Jahrzehnte, von Kohl & Genscher über Schröder & Fischer bis hin zu Merkel, haben hemmungslos Waffen in alle Welt geliefert. Auch an Diktatoren und auch in Kriegs- und Krisengebiete. Und alles ganz legal.

Sigmar Gabriel, der vor zwei Jahren noch Wahlkampf gegen Waffenexporte gemacht hat, genehmigt als zuständige Minister der deutschen Rüstungsindustrie ohne Ende Waffenexporte.

Allein im ersten Halbjahr 2015 genehmigte die Bundesregierung den Export von Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsgütern im Wert von rund 6,5 Mrd. Euro. In einem halben Jahr! Damit ist er auf absolutem Rekordkurs und würde selbst seine FDP-Vorgänger in den Schatten stellen. Sogar an Länder wie Katar oder Saudi-Arabien, die ganz aktuell Krieg im Jemen führen, liefert Deutschland Waffen.

Wir wollen, dass Rüstungsexporte und die Rüstungsproduktion komplett verboten werden. Das ist der einzige Weg,

diesem menschenverachtenden Handeln ein Ende zu bereiten.

Damit künftige Generationen nicht mehr mit deutschen Waffen getötet, verstümmelt oder auch vertrieben werden.

Jan van Aken

Schule für Migrant*innen und Flüchtlinge

Ein Erfahrungsbericht

Im Sommer 2012 erfuhr ich über Menschen, die in unglaublichen und unwürdigen Zuständen hauseten. Nicht etwa weit entfernt, sondern hier in Hamburg, in einer Stadt mit 13 Milliarden und Tausenden von Millionären! Ich suchte die angegebene Adresse auf und fand dort viele Schwarzafrikaner, die unter erbärmlichen Umständen in über lange Zeit leer stehenden Räumen lebten. Es gab eine große Küche und einen großen Raum, beide Räume strotzten vor Dreck. Die ca. 150 jungen Männer schliefen sitzend auf dem kalten Boden, wuschen ihre Unterwäsche und

Socken in den Ruinen einer Toilette mit eisigem Wasser ohne Seife und zogen die Wäsche nass wieder an. Nach ein paar Tagen wurde mir klar, dass die Flüchtlinge Deutsch lernen müssen.

Ich kaufte 50 Hefte, 50 Bleistifte, Radiergummis und Anspitzer und prägte ihnen den Satz ein: „Ohne Sprache kein Hierbleiben!“ Täglich brachte ich Frühstück für die Schüler mit, denn auf leerem Magen lernt man schlecht. Es war nicht leicht, mir als Nicht-Muslimin, als Nicht-Europäerin und als Frau Respekt zu verschaffen. Ich wendete die südamerikanische Methode an: Disziplin und

Respekt! Die Idee, den Flüchtlingen, die aus verschiedenen Ländern Afrikas kamen, die Sprache beizubringen, nahm langsam konkrete Formen an.

Laura, die auch angefangen hatte, am Steindamm ehrenamtlich die Flüchtlinge zu unterrichten, half mir anfänglich sehr bei der Verwirklichung des Lernprojekts. Bei Demos, an Haltestellen oder in Treffs sprach ich fremde Menschen an und bat sie um Hilfe für unser Projekt. 2013 wurden die Räumlichkeiten in der Brennerstrasse von der Polizei gewaltsam geräumt. Viele der Flüchtlinge wurden von der Polizei hastig entfernt, andere waren gerade unterwegs, um Pfandflaschen zu sammeln. Sämtliche Fahrräder und Plastiktüten, in denen die Flüchtlinge ihre ganze Habe trugen, wurden vom Eigentümer des Hauses entsorgt. Nun waren die Flüchtlinge wieder auf die Straße ge-

setzt worden. Wir mussten für sie neue Räume suchen. Unser Unterricht hatte sich derweil weit über Hamburgs Grenzen hinaus herumgesprochen.

Flugblätter wurden in Geschäften und Einrichtungen angebracht und daraufhin bot uns die „Freie Arbeiter Union“ in Eimsbüttel einen Raum an. Restaurants und Kneipen stellten uns ebenfalls Räume zur Verfügung.

Täglich ging ich zurück zur Brennerstraße und sammelte unterwegs Schüler ein, sprach obdachlose Flüchtlinge an und ging mit einer ganzen Gruppe vom Hauptbahnhof bis nach Eimsbüttel zu Fuß, um ihnen den Weg zu den neuen

Lernorten zu zeigen, sie hatten nämlich kein Geld für Fahrscheine.

Langsam wurde die Gruppe der ehrenamtlichen HelferInnen größer. Wir boten Alphabetisierungskurse, sowie Sprach- Kurse für AnfängerInnen und Fortgeschrittene an. Bei allem, was ich hierfür tat, war es mir wichtig, den Menschen, die nichts hatten, Halt zu geben und ihnen im Kleinen eine Perspektive zu eröffnen. Ihnen einen warmen Raum mit Frühstück und Mittagessen anzubieten, war die ideale Lösung, um sie für den Unterricht zu interessieren. Am Anfang habe ich an sämtliche Türen geklopft, um an Gemüse, Obst und Mate-

rial heranzukommen. Insbesondere viele migrantische Gemüsehändler erklärten sich bereit, uns zu unterstützen. Der kauputte Herd wurde durch die finanzielle Hilfe einer linken Partei repariert. Die Hamburger Tafel verweigerte uns mit der Begründung ihre Unterstützung, wir würden formell kein Verein oder keine Institution sein. Uns war nicht bekannt, dass die Hamburger Tafel Menschen in Not nur dann hilft, wenn Vereine und Institutionen sie anfordern. Das ist eine sehr eigenwillige Form der Helferlogik!

Viele der Schüler haben, genau wie ich, kaum eine Schule besucht!

Blanca Merz

Zurück ins sichere Herkunftsland

Familie X ist aus Albanien. Zuerst flieht der älteste Sohn (ca. 26 Jahre) nach Frankreich und muss dort über ein Jahr auf der Straße leben, danach folgt der jüngere Sohn, er landet in einem kleinen Dorf bei Düsseldorf mit sehr schlechter Verkehrsanbindung. Die jungen Männer fühlen sich in Albanien ohne Perspektive, es gibt mafiose Strukturen, sie werden auch körperlich bedroht und attackiert.

Verfügung. Daran ist, angesichts der Flüchtlingssituation, vorerst nichts auszusetzen. In dieser Situation lerne ich sie kennen. Besim bekommt Chemotherapie und Bestrahlung.

Anfänglich wollen beide begeistert Deutsch lernen. Schnell wird klar, dass Besim sich aufgrund seiner Krankheit nicht konzentrieren kann. Er ist von den Behandlungen sehr erschöpft, hat viele Nebenwirkungen und manchmal geht es

darf ab und zu ein paar Tage bei seinen Eltern sein. So lerne ich auch ihn kennen. Als wir an einem Nachmittag ohne ihren Mann und Sohn sind, bricht Arjeta zusammen. Sie weint bitterlich, sorgt sich um ihren Sohn in Frankreich und um ihren schwerkranken Mann. Sie wünscht sich so sehr, dass ihre Söhne nach Hamburg ziehen dürften.

Die Lage spitzt sich zu. Inzwischen haben wir Herbst 2015, Albanien wird zum sicheren Herkunftsland gemacht. Die Familie ist von Abschiebung bedroht. Angst ist wieder ein ständiger Wegbegleiter. Über einen Anwalt versuchen sie die Behörden zu überzeugen, dass Besims Abschiebung sein Todesurteil wäre, da er in Albanien nicht die Behandlung erfahren würde, die notwendig ist.

Arjeta hält es in ihren vier Wänden nicht mehr aus. Sie macht ein „Praktikum“ in einem Restaurant. Sie arbeitet in der Küche, schnippelt Gemüse und wäscht Geschirr. Der Restaurantbesitzer hat ihr ein bisschen Geld in Aussicht gestellt, wenn sie nach drei Monaten ihr „Praktikum“ erfolgreich abgeschlossen hat. Wie zynisch: Gemüse schnippeln und Abwaschen praktiziert sie schon ein Leben lang. Arjeta nimmt die Ausbeutung in Kauf, sie will arbeiten, sie will unter Leuten sein, sie will sich ablenken und nicht mehr Zuhause rumsitzen, die Angst aushalten müssen, grübeln und in Depression verfallen.

Ihr Sohn muss jetzt zurück: „Was soll ich tun?“ sagt er mit Tränen in den Augen resigniert, denn er weiß nicht, wie es in Albanien weitergehen soll und ob er seinen Vater lebend wiedersehen wird.

Marlit Klaus



Transparent an der Roten Flora Foto: M.Klaus

Als die Söhne nicht mehr greifbar sind, werden die Eltern bedroht und zusammengeschlagen. Der Vater (nennen wir ihn Besim und seine Frau Arjeta) hat einen bösartigen Tumor, die Behandlung wird ihm in Albanien verweigert. Arjeta und Besim fliehen im Frühjahr 2014 nach Hamburg. Sie sind über ein halbes Jahr in einer Erstunterkunft, anschließend kommen sie in eine kleine Folgeunterkunft (zwölf Geflüchtete) im Stadtteil. Dort haben sie ein gemeinsames Zimmer, ein eigenes Bad mit WC und eine Gemeinschaftsküche. Eine Sozialarbeiterin steht an bestimmten Tagen stundenweise zur

ihm sogar bedrohlich schlecht. Während Besim noch Kontakt zu anderen Männern aus Albanien hat, fühlt sich Arjeta sehr isoliert und freut sich besonders auf unsere gemeinsame Zeit.

Der Sohn aus der Nähe von Düsseldorf, wo er sich ausgegrenzt und diskriminiert fühlt, versucht, nach Hamburg ziehen zu können, um seinen Eltern beizustehen. Er spricht schon relativ gut Deutsch, er möchte seinen Vater zu den Therapien begleiten und als Übersetzer fungieren. Aufgrund der Residenzpflicht, muss er bei Düsseldorf bleiben. Aber wenigstens bekommt er eine Besucherlaubnis und

Nachgedacht

Im berühmten Höhlengleichnis von Platon wählt einer eine andere Perspektive als die anderen. Alle blicken in eine Richtung, doch einer wechselt die Perspektive und sieht, was die anderen nicht sehen wollen, und wird dafür gehasst.

Ich sehe junge europäische Männer, die KurdInnen, JesidInnen, AraberInnen in Syrien und im Irak ermorden. Diese Männer sind Islamisten des IS. Aber vor allen Dingen sind sie unsere Landsleute.

Erst wenn sie zurückkommen, und bei uns Menschen töten, schrecken wir auf. Wäre ich Syrer oder Iraker, würde mich das ziemlich wütend machen.

Und wäre ich Flüchtling, wäre ich irritiert, wenn mich Deutsche in Zusammenhang bringen mit deutschen Terroristen, die die syrische Front in ihre Heimat verlegen. Ich würde das nicht verstehen. Aber sagen würde ich nichts.

Denn ich bin ja ein Flüchtling, der dankbar sein muss.

Es gibt Flüchtlinge, die haben Geld. Sie fahren mit dem Taxi vom Norden in den Süden, weil dort schon Verwandte von ihnen leben. So hört man von irritiert stauenden NachbarInnen und KollegInnen. Und wir neigen dazu abzuwiegeln. Falsch! Es stimmt! Es gibt SyrerInnen im Libanon, in Jordanien, in der Türkei, in Syrien selber, die so arm dran sind, dass sie es sich nicht einmal leisten können, sich in Lebensgefahr zu begeben.

Es gibt SyrerInnen, die sind RassistInnen. Das bekommen afrikanische Flüchtlinge zu spüren. Es gibt Flüchtlinge, die haben keinen Respekt vor Frauen – wie, nebenbei gesagt, auch oft noch deutsche Männer.

Es gibt Flüchtlinge, die tatsächlich ohne Nachprüfung dem Gerücht glauben, in Deutschland erwarte jede Flüchtlingsfamilie ein Haus. Es gibt bestausgebildete syrische Frauen und Männer, die sich betrogen fühlen, weil sie mit nicht so gebildeten Landsleuten ihre Zeit im Auffanglager verbringen. Ja, es stimmt,

es gibt Flüchtlinge, die gut situiert, fremdenfeindlich, frauenfeindlich sind, manchmal auch dumm: Flüchtlinge sind wie wir!

Es gibt Pegida und andere Rassistentinnen und Rassisten, und es gibt ganz „normale“ Bürgerinnen und Bürger, denen die vielen Flüchtlinge Sorgen machen. Und es gibt andere, AtheistInnen, ChristInnen, Muslime, die sich um die Flüchtlinge sorgen.

Und diese Helferinnen und Helfer meinen zu wissen, was für die Flüchtlinge gut und schlecht ist. Die Flüchtlinge sollen integriert werden, leben können wie wir. Also nicht in Massenunterkünften oder im Getto. Aber was wollen die Flüchtlinge? Wollen sie bleiben, wollen sie zurückkehren? Sie wissen es nicht. Sie können es nicht wissen. Doch wie sie den Winter nicht verbringen wollen, das wissen sie!

Es gibt Flüchtlinge, die sich von Helferinnen und Helfern bedrängt fühlen, aber zu höflich sind, das zu zeigen.

Der beste Schutz vor Paternalismus ist, den Flüchtlingen zu helfen, für sich selbst zu sprechen!

Heinz-Dieter Lechte

Nicos Farm lädt auch Flüchtlingskinder zum Laternenumzug ein

Nicos Farm e.V., ein kleiner Verein, der sich um die Belange behinderter Kinder und deren Eltern kümmert, lud am 30. Oktober 2015 wieder zum jährlichen Lichtermeer um die Alster ein. Der Laternen- und Fackelumzug war dieses Jahr nicht nur für und mit behinderten Kindern, ihren Familien und Freunden, sondern auch für Flüchtlingskinder und ihre Eltern aus der Schnackenburgsallee. Mit Unterstützung des Bezirks Altona wurden die Flüchtlinge mit Bussen abgeholt und alle liefen gemeinsam vom Rathausmarkt um die Binnenalster. Hier ein paar Eindrücke:

Fotos: Stille Landschaften



Die Flüchtlinge, das Baugesetz und die Rendite

Mag sein, dass Lenins Vermutung zutrifft, dass die Kapitalisten in ihrer Gier auch noch den Strick verkaufen würden, an dem sie aufgehängt werden. Allerdings will sie zur Zeit niemand aufhängen. Insofern stellt sich diese Frage nicht.

Was aber feststeht: die vom Kapitalismus durch Waffenexporte und direkte militärische Interventionen sowie durch die Zerstörung der Subsistenzwirtschaft (eine Wirtschaft, in der vorwiegend für

In Altona, und wahrscheinlich auch anderswo in Hamburg, gibt es aus der Gründerzeit und den Zwanziger Jahren Blockrandbebauungen mit großen Innenhöfen, die mit hundert Jahre alten Bäumen, Garagen und Handwerksbetrieben bestanden sind. Diese Innenhöfe sind vielfach die einzigen ruhigen Bereiche der vom Verkehr umtosten Wohnblöcke an der Stresemannstr., der Behringstr. oder dem Hohenzollernring.

Für die Eigentümer sind sie angesichts der in Altona/Ottensen rasant steigenden Bodenpreise potenzielle Goldgru-

die Stimmen der Blockparteien SPD/Grüne/CDU außer Kraft gesetzt wurden, gibt es nun gar kein Halten mehr, da die Regulierungen durch das Baugesetzbuch im stufenweisen Schnellverfahren aufgehoben werden.

Wenn ein Grundeigentümer, wie derzeit im Innenhofbereich des Bebauungsplangebiets Bahrenfeld 68 vollmundig verkündet, dass er dort Flüchtlingsunterkünfte bauen lassen wolle, werden ab sofort durch Senatsbeschluss alle Einwände weggefegt werden (können).

Bei Grundstücken im öffentlichen Besitz sieht es so aus, dass sie Investoren zum Schnäppchenpreis angeboten werden, wenn sie dort Flüchtlingsunterkünfte zu bauen bereit sind. Diese werden dann durch die Anstalt öffentlichen Rechts ‚fördern und wohnen‘ zu jedem Preis aus Steuergeldern angemietet.

Bezirkliche Rechte im Hinblick auf die qualifizierte Bauleitplanung, und damit die demokratische Beteiligung der Öffentlichkeit, werden u.a. durch die Anwendung des Sicherheits- und Ordnungsgesetzes ausgehebelt. Auf andere verschleierte Massen-Evokationsmaßnahmen wie die automatische ‚Umwandlung des alten Planrechts‘ will ich hier nicht eingehen, weil es zu kompliziert werden würde

Nun werden manche oder wohl eher viele denken, dass es doch gut ist, wenn auf diese Weise schnell und unbürokratisch Wohnungen und Flüchtlingsunterkünfte geschaffen werden.

In den 50er Jahren nach dem Krieg und der sehr viel größeren Wohnungsnot wurde in der Bundesrepublik kommunaler Wohnungsbau betrieben, was in Österreich noch heute erfolgreich praktiziert wird. Das heißt, es wurden keine Grundstücke verkauft, um sie von so genannten Investoren für Wohnungs- oder Bürobau entwickeln zu lassen, sondern die Wohnungen wurden selber gebaut und mit 30jähriger oder – in Österreich – oft sogar unbefristeter Mietpreisbindung an ökonomisch Benachteiligte mit entsprechenden Berechtigungsscheinen vermietet.

In Hamburg sind gerade die letzten kommunalen Wohnungen verkauft worden. Und die SAGA, wenngleich noch zu



Zelte in der Erstunterbringung Schnackenburgsallee Foto Stille Landschaften

den eigenen Bedarf produziert wird) insbesondere in Afrika ausgelösten Flüchtlingsströme nach Europa machen sich für das Kapital bezahlt.

Bei allem Wehklagen über die enormen Belastungen durch die Flüchtlinge reibt sich das Kapital die Hände, denn während die demokratisch und hilfsbereit eingestellten Menschen den Brandstiftern und Hetzern von NPD, AfD und Pegida entgegenreten, werden demokratische Errungenschaften wie das Baugesetz hinter ihrem Rücken im Blitzverfahren außer Kraft gesetzt und das noch nicht privatisierte öffentliche Eigentum zum Schleuderpreis den Investoren übergeben.

Natürlich alles aus dem edlen Motiv heraus, die Flüchtlinge unterbringen zu wollen bzw. zu müssen.

Bevor ich auf alternative Unterbringungsmöglichkeiten eingehe, möchte ich darstellen, was momentan geschieht.

ben, wenn man sie aus ihrem Dornröschenschlaf reißen und möglichst dicht und hoch bebauen könnte.

Dies war bis vor kurzem noch nicht so einfach, denn Bürger-/Anwohnerinitiativen wie Otte 60 oder Bahrio 68 wehrten sich mit Hilfe des Baugesetzes und der dort garantierten qualifizierten Bauleitplanung in Form von Gutachten zu Lärm, Verschattung, Verkehr, Klima, Kinderspielplätzen, Naturschutz usw. sowie Anhörungsrechten gegen die ungezügelt Verdichtungspläne der Eigentümer und ihrer Baufirmen wie Otto Wulf, August Priehn, Behrendt Bau oder anderen.

Nachdem die Vorgaben des Baugesetzbuches und der darauf fußenden Bebauungspläne bereits seit vielen Jahren im Zuge der Wohnungsnot immer wieder durch Befreiungen (vom Baurecht) in den politischen Gremien (den Bauausschüssen der Bezirksversammlungen) durch

100% im städtischen Besitz, agiert ähnlich wie die Baugenossenschaften Altona, BVE usw. nicht anders als die allein auf Profitmaximierung ausgerichteten Unternehmungen wie Quantum, Procom, Köhler&van Bargaen, de Vahl und andere, wobei ich hier nur eine Auswahl der in Altona aktiven Firmen benenne.

Wäre die SAGA ein kommunales Wohnungsbauunternehmen und müsste ihre Gewinne aus Mieteinnahmen nicht an den Senat abführen, könnte sie auf städtischen Flächen den Vorgaben des Baugesetzbuches entsprechend vernünftige menschenwürdige Wohnungen für Flüchtlinge und andere Bedürftige mit unbefristeten Mietpreisbindungen errichten. Tatsächlich muss die SAGA aber die Grundstücke von der Stadt aus dem Topf ihrer Mieteinnahmen aufkaufen und dann die erbauten Wohnungen auch noch gewinnträchtig weitervermieten, damit der Senat daraus seine Olympia-Phantasien, die HSH-Nordbank-Katastrophe oder anderes finanziert.

Nun möchte ich zu den seit Jahren leer stehenden Grundstücken an der Stresemannstr. bzw. dem ehemaligen Bahren-

felder Rotlichtdreieck Von-Sauer-Str./Bahrenfelder Chaussee und den Bürogebäuden kommen, die allein zu Abschreibungs- und Zweckzwecken in großer Zahl in Altona gebaut wurden und immer weiter gebaut werden. Derzeit wird im Herzen Altonas ein Bürokomplex nach dem anderen errichtet. Fast fertig an der Tasköprüstr. (ehemals Kohlentwiete), Zeise II, der sog. Perlenkette an der Elbe, in Kürze an der Schützenstr. vor dem Phönixhof und an der Ecke Barnerstr./Gaußstr., wo der Bunker gerade abgerissen wurde. Ähnliches geschah im Albert-Einstein-Ring (gegenüber der Trabrennbahn kurz vorm DESY). Diese keinem Bedarf entsprechenden Bürogebäude standen und stehen teilweise jahrelang leer. Anstatt sie zu beschlagnahmen, wie wir dies seit Jahren gefordert haben, werden viele davon nun für teures Geld aus Steuermitteln von den Investoren angemietet und für Flüchtlingsunterbringungen bereitgestellt. Ein Bombengeschäft, an dem viele verdienen. Auch diejenigen, die die Genehmigungen für diese Vorhaben erteilen – und sei es nur durch den Ruhm, sich in einem Sondergesetzverfahren für

Flüchtlingsunterkünfte ausgesprochen zu haben.

Zusammengefasst sind unsere Alternativlösungen:

- Beschlagnahme von Leerstand mit Entschädigung zum Verkehrswert und Nutzung durch Wohnungsbau in städtischer oder besser noch bezirklicher Regie durch Rückwandlung der SAGA in ein kommunales Wohnungsbauunternehmen
- keine Enteignung des öffentlichen Raumes bei einhergehender Abschaffung der demokratischen Mitgestaltungsrechte der Bevölkerung, sondern dessen Bereitstellung für die Unterbringung von Flüchtlingen und anderen Wohnungslosen
- keine Außervollzugsetzung der Anforderung gesunder Lebensverhältnisse bei Wohnungs-Bauvorhaben und keine Bebauung öffentlicher Grünflächen und Gemeinbedarfsflächen wie Schulen, sondern Beschlagnahme der leer stehenden Spekulationsobjekt

Dabei aber stets: **Refugees Welcome!**

Robert Jarowoy

Zeise 2: Symbol einer bürgerfeindlichen Politik – ein Zwischenfazit

Es wird Zeit für eine andere Stadt

Wohin entwickelt sich Ottensen? Was als Radikal-Entwurf einer „City West“ in den 70er Jahren noch am Widerstand vieler Einwohnerinnen und Einwohner Ottensens und Altonas gescheitert ist, wird nun für die Werbewirtschaft in kleinerem Rahmen realisiert: Die Etablierung eines Büroviertels



Baustelle Zeise 2 Foto: Hauke Sann

„City West Light“ – mitten im gewachsenen Wohnstadtteil Ottensen. Im Unterschied zu 1969er Plänen gehen die politisch Verantwortlichen heute scheinweise – und erfolgreicher vor.

Nach dem Phoenixhof (1997-2014), dem „Westend“ (2007) u.a. folgte 2014 die Ansiedlung von zwei privaten Kreativ-Hochschulen in den „Bahn-Höfen“. 2015 siedelte man hier die deutsche Vermarktungs-Niederlassung von Twitter an. Treiber der Projekte am Altonaer Bahnhof ist die städtische Hamburger Kreativgesellschaft.

Höhepunkt – wenn auch wahrscheinlich nicht Endpunkt dieser Strategie – wird die geplante Zusammenführung von Scholz & Friends Hamburg und weiterer Hamburger Tochterunternehmen des Big Data-, Media- und Meinungskonzerns WPP auf dem Gelände des ehemaligen Zeise-Parkplatzes in Ottensen werden.

Fakten vor Recht

Unter der verniedlichenden Parole „Durchmischung“ wird vom Hamburger Senat ein weiterer Bürokomplex für bis zu 1.000 Beschäftigte mitten in den Ortskern des 30.000-Einwohner-Stadtteils

Ottensen getrieben. Mit massiver politischer Unterstützung im Bezirk und trotz deutlicher Ablehnung der Bevölkerung (dagegen: 75% der Abstimmenden im Bürgerentscheid „Platz zum Wohnen!“). Zeise 2 wird in einem rechtlich fragwürdigen Schnellverfahren vom Bezirksamt genehmigt, das dem Vorhaben rechtlich den Weg bahnt und die berechtigten Sorgen und Gegenargumente des Stadtteils ins Leere laufen lässt.

Und das Amt kommt damit trotz Verfassungsverstoßes womöglich dank des herrschenden Baurechts durch. Weil die Investoren Procom und Quantum schneller bauliche Fakten schaffen, als die Illegalität des Vorhabens unter normalen juristischen Fristen festgestellt werden kann. Die rechtlichen Erfolgsaussichten der Bürgerinitiative Pro Wohnen Ottensen sind im zeitlichen Rahmen des jetzt laufenden Eilantrages vermutlich begrenzt.

Was wir in Ottensen gerade erleben, ist eine Variation der Idee „City West“ und die rücksichtslose Zerstörung gewachse-



Ottensen Westend Foto: M.Klaus

ner sozialer Strukturen. Was sollen politisch engagierte Bürger nach 15 Monaten Widerstand daraus lernen? Was ist die politische Moral?

Bürger ohne Stimme

Fakt und Erfahrung der letzten Jahre ist: Bürgerbeteiligung ist in Hamburg auf Bezirksebene eine Farce, und das Wort und das Papier nicht wert, auf dem sie steht. Bürgerbeteiligung ist lästig. Mündige Bürgerinnen und Bürger sind nicht erwünscht. Während in jedem Kleinbezirk anderer Bundesländer lokale Bürgerentscheide verbindlich sind und umgesetzt werden, werden Hunderttausende Bürgerinnen und Bürger Altonas innerhalb ihrer Stadt nicht gehört, was auf die Einheitsgemeinde Hamburg zurückzuführen ist. (Siehe auch weiter unten) Das Engagement der Menschen, die sich für das Wohl ihres Stadtteils einsetzen, wird im Fall Zeise 2 erneut ganz unverhohlen entwertet.

Das Eingeständnis einer politischen Fehlentscheidung – undenkbar. In der sogenannten „Grobabstimmung“ der am Projekt beteiligten Behörden wird nach vielen anderen auch dieser Bürgerentscheid ohne Begründung evoziert (d.h. der Senat zieht die Entscheidung an sich) und zu den Akten gelegt werden. Still und geräuschlos. Die Aushebelung des Bürgerentscheides behelligt in dieser Stadt nicht einmal mehr das Parlament. Die Beerdigung einer demokratisch legitimierten Mehrheitsentscheidung erfolgt außerhalb der Bürgerschaft und außerhalb öffentlicher Kontrolle. Ebenso außerhalb des Parlaments und öffentlicher Kontrolle wie zuvor schon der Grundstücksverkauf in der Kommission für Bodenordnung (Oktober 2014) und die umstrittene Erteilung der Hochbau-

genehmigung innerhalb der „Sperrfrist“ des Bürgerbegehrens im Mai 2015.

Das ungemein praktische Verfassungskonstrukt der „Einheitsgemeinde Hamburg“ – mit seinen autoritären Wurzeln im Groß-Hamburg-Gesetz des Jahres 1937 – gibt dem Bürgermeister ein zentralisiertes Instrumentarium an die Hand, um auch im Fall Zeise 2 ungestört durchregieren zu können.

Emigration in der eigenen Stadt

Als Mensch, der sich intensiv mit der politischen Praxis auseinandersetzt, ist die Erfahrung des politischen Geschäfts-



„bahn_hoefe“ Ottensen Foto: M.Klaus

betriebes am Beispiel „Zeise 2“ nicht völlig überraschend aber dennoch zutiefst verstörend. In der Wirkung auf das Rechtsempfinden und das Restvertrauen der Menschen in die politischen Institutionen Hamburgs ist dieses anrühige Musterexemplar des herrschenden Politikstils der Entmündigung verheerend.

„Politikverdrossenheit“ ist als Begriff dafür kaum noch ausreichend. Die Leute sind verdammt wütend.

Die institutionellen Profiteure dieser marktgeschmeidigen Welt kümmert's nicht. Die Geschäfte – gerade im Immobiliensektor – laufen wie geschmiert. Und die Folgen treffen ja nicht alle. Der Ausverkauf der Stadtteile macht nur einen Teil der Menschen zu Emigranten in ihrer eigenen Stadt.

Was erwartet ein solch zentralisiertes politisches System von seinen ständig ihrer Stimmen beraubten Bürgern? Sollen wir uns noch weiter von politischen Entscheidungen abwenden? Sollen wir Untertanen werden? Bleiben keine anderen Beteiligungsmöglichkeiten als Besetzung und Blockade? Oder muss man noch weiter gehen, um gehört zu werden?

Ist es klug, die Erfahrung und den Sachverstand stadtdroßer Bezirke und ihrer Bürger zu ignorieren und zu unterdrücken? Ist es weitsichtig und im Interesse Hamburgs, die soziale Spaltung durch Nichtbeteiligung der Menschen an den Entwicklungsprozessen voranzutreiben?

Gehen wirklich alle einzeln und leise, die auf diese Weise verdrängt werden?

Wohl kaum.

Es wird Zeit für eine direktere Demokratie.

Es wird Zeit für verbindliche lokale Entscheidungsstrukturen.

Es wird Zeit, Kompetenzen der Einheitsgemeinde Hamburg an handlungsfähige Bezirke abzugeben.

Es wird Zeit für eine andere Stadt.

Gastkommentar von Hauke Sann

Warum niemand die Verlegung des Fern- und Regionalbahnhofs Altona benötigt

Bahnhof-Altona am Friedhof

Bürgermeister Olaf Scholz und Bahnchef Grube sind sich einig, der Altonaer Bahnhof soll weg. Bis 2023. Ein Sterben auf Raten. Schon jetzt, beim Umbau des Eingangsbereichs zur S-Bahn am Bahnhof Altona wird uns vorgeführt, was wir dann zu erwarten hätten: Seit 2 Jahren läuft dieser Umbau sehr schleppend und zeitweise hat man das Gefühl, es tut sich hier gar nichts. Die Bahn will zur Erhöhung ihrer Mieteinnahmen neue Ladenflächen schaffen, die

hofs-Umfeldes für bisher geschätzte 200 Mio. EUR, die von der Stadt zu tragen sind. Nach den bisherigen Erfahrungen bei Großprojekten der Deutschen Bahn – erinnert sei an Stuttgart 21 – explodieren die Kosten nachträglich erheblich. Eine Verdoppelung der Gesamtkosten des Projektes auf bis zu 1 Mrd. EUR dürfte wahrscheinlich sein. 1 Mrd. EUR für ein Projekt, das keiner braucht, dass den Fahrgästen nichts nutzt, den Einzelhändlern und Kneipen am jetzigen Bahnhof schadet. Mit diesem Geld,



Demonstration im Stadtteil am 18.09.2015 Foto R. Schwandt

keiner benötigt. Die Durchgänge werden unübersichtlicher und wohl auch schmaler. Fertig sollte das Ganze schon Ende letzten Jahres sein. Jetzt ist von einer Eröffnung Mitte 2016 die Rede. Für die S-Bahn-KundInnen und die PendlerInnen bedeutet dies seit zwei Jahren: erheblich längere, unübersichtliche Wege, dunkle finstere Gänge und Belästigungen durch die Bauarbeiten.

Sowohl die AnwohnerInnen als auch die PendlerInnen wurden zu der Bahnverlegung vom heutigen zentralen Standort im Kerngebiet Altona in die Einöde am Diebsteich weder gefragt, noch ausreichend informiert. Aber das hat in Hamburg Tradition! Hamburg zahlt der Bahn für die Freimachung der Grundstücke, die die damalige Stadt Altona vor 150 Jahren der Bahn kostenlos überlassen hatte, noch 39 Mio. EUR von unseren Steuergeldern. Allein das ist schon ein Skandal!

Die Kosten für die Bahnverlegung und ein neues Bahnhofsgebäude in Diebsteich werden derzeit von der Bahn mit 380 Mio. EUR beziffert. Dazu kommen Investitionen für die Straßenanbindung des Bahnhofs, die Schaffung von Parkplätzen und die Erschließung des Bahn-

hofs-Umfeldes für bisher geschätzte 200 Mio. EUR, die von der Stadt zu tragen sind. Nach den bisherigen Erfahrungen bei Großprojekten der Deutschen Bahn – erinnert sei an Stuttgart 21 – explodieren die Kosten nachträglich erheblich. Eine Verdoppelung der Gesamtkosten des Projektes auf bis zu 1 Mrd. EUR dürfte wahrscheinlich sein. 1 Mrd. EUR für ein Projekt, das keiner braucht, dass den Fahrgästen nichts nutzt, den Einzelhändlern und Kneipen am jetzigen Bahnhof schadet. Mit diesem Geld, könnte man wesentlich sinnvollere Vorhaben im Sinne der Fahrgäste von Bahn und Bus finanzieren, zum Beispiel die dringend erforderliche Erweiterung des Hamburger Hauptbahnhofs oder den Bau einer modernen Straßenbahn.

Der Standort Diebsteich ist als Ersatz in jeder Hinsicht denkbar ungeeignet. In fußläufiger Entfernung des neuen Bahnhofs wohnen nur sehr wenige Bürgerinnen und Bürger Altonas. Auf der Westseite wird der geplante Bahnhof durch einen Friedhof begrenzt; dort lässt sich kein Bahnhofsumfeld schaffen. Auf der Ostseite befindet sich Kleingewerbe, welches verlagert werden müsste. Das wäre das Ende für die meisten dieser Betriebe und der dortigen Arbeitsplätze.

Der neue Bahnhof ist außerdem völlig unzureichend an das Hamburger Busnetz angeschlossen. Eine Verlagerung des Altonaer Busbahnhofs scheidet aus Platzgründen aus. Die Konsequenz ist:

- die Fahrgäste der Busverbindungen in das Alte Land würden den Anschluss an das Fernbahnnetz verlieren
- die Pendlerinnen und Pendler aus dem Hamburger Norden/Nordwesten, die bei Airbus in Finkenwerder arbeiten, müssten einmal zusätzlich umsteigen

Gleiches gilt für die S-Bahn. Der S-Bahnhof Altona soll zwar bestehen und damit auch ein Teil der Bahnanlagen bleiben. Aber die Bürgerinnen und Bürger des Hamburger Westens verlieren

ihren Anschluss an das Fernbahnnetz, da es keine S-Bahnverbindung aus den westlichen Stadtteilen direkt an den neuen Bahnhof in Diebsteich geben wird. Sie fahren weiter bis zum Hauptbahnhof und sorgen dort für noch mehr Gedränge auf den Bahnsteigen des bereits völlig überlasteten Bahnhofs. Und in Altona werden dann Menschen, die umsteigen, kein Reisebedarf mehr kaufen.

Bürgermeister Scholz argumentiert: Die Verlegung des Bahnhofs ist Voraussetzung, um das Wohnungsprojekt „Neue Mitte Altona“ zu realisieren. Das ist Volksverdummung. Hier werden die Interessen der Pendlerinnen und Pendler gegen die der Wohnungssuchenden ausgespielt. Fakt ist: Der erste Bauabschnitt der „Neuen Mitte Altona“ kann und wird derzeit ohne Verlegung des Bahnhofs realisiert. Auch der zweite Bauabschnitt könnte bei intelligenter Neuordnung der Bahnanlagen am gegenwärtigen Standort fast vollständig umgesetzt werden. Dazu müssten nur die zwei Fernbahngleise parallel zu den S-Bahn-Gleisen verlegt und die Abstellgleise, die Betankungsanlage und der alte Wasserturm abgerissen werden.

Letztendlich ist die Verlagerung des Fern- und Regionalbahnhofs Altona Ausdruck einer bürgerfeindlichen Politik. Der Stadtteil Altona-Ottensen erfreut sich steigender Beliebtheit, viele Bürgerinnen und Bürger wollen hier herziehen. Massiv werden neue Wohnungen gebaut. Das Auto soll weniger benutzt werden und der Fahrradanteil am Gesamtverkehrsaufkommen auf 25% steigen. Alles sehr löblich, aber gleichzeitig nimmt man den Altonaerinnen und Altonaern ihren Regional- und Fernverkehrsanschluss, dadurch würden viele wieder auf das Auto umsteigen.

Gegen diese bürgerfeindliche Politik regt sich Widerstand. Besorgte Bürgerinnen und Bürger Altonas haben daher die Bürgerinitiative „Prellbock Altona – Unser Bahnhof bleibt, wo er ist!“ gegründet.

M. Jung, Mitglied der Bürgerinitiative

Die Bürgerinitiative trifft sich regelmäßig jeden 4. Mittwoch im Monat um 18.00 Uhr im Bezirksbüro der LINKEN, Am Felde 2

„Spritzenplatz bleibt!“

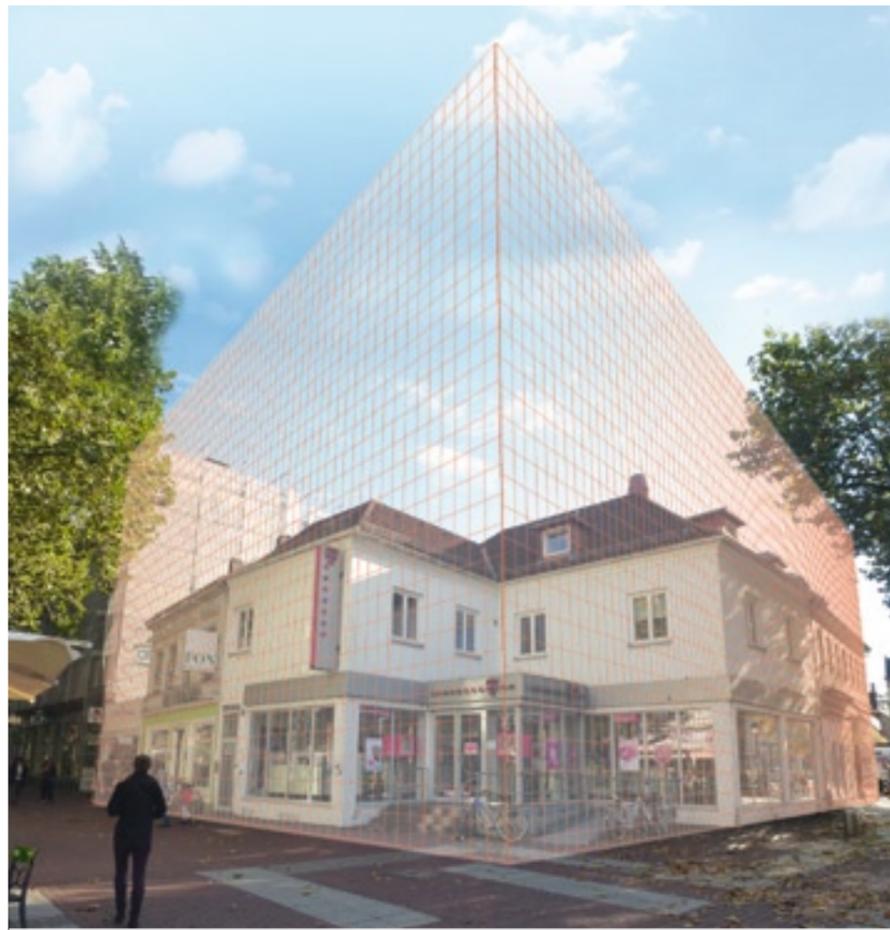


Foto mit Simulation vom Spritzenplatz: Johannes Kohl

Bereits im Sommer 2014 wurde bekannt, dass die Häuser Ecke Ottenser Hauptstraße/Spritzenplatz einschließlich der Eisdiele bis zum griechischen Restaurant Kypros abgerissen und durch einen futuristischen Neubau des Stararchitekten Libeskind ersetzt werden sollten. Nach spontanen Protesten aus dem Stadtteil, zweier Demonstrationen und einer großen öffentlichen Teilnahme am Planungsausschuss, nahm die Mehrheit der Parteien (vor der Wahl) diese Planung zurück. Es sollte der bestehende Charakter Ottensens nicht weiter zerstört werden!

Dann im Frühjahr 2015 (nach der Wahl) wurde allerdings bekannt, dass zwar der Libeskindbau in einem ersten Anlauf nicht genehmigt wurde, aber nach einem Abriss (z.B. weil man den Investoren eine Sanierung z.B. des für Alt-Ottensen typischen Hauses, das momentan an einen Frisörladen vermietet ist, nicht zumuten könne) eine durchgehend vier- bis fünf-

geschossige (plus Staffelgeschoss) Bebauung geplant sei. Das würde allerdings den Charakter dieses Ortes, im Kern von Ottensen, total verändern und dort, wo jetzt noch Licht und Sonne vorhanden ist, zukünftig ab mittags Schatten sein. Dieser lebendige Platz neben dem Markt, wo die Ottenser Hauptstraße auf die Bahrenfelder Straße stößt, ist den Anwohner*innen ein wichtiger Ort der Kommunikation, der Begegnung, der Information, der Muße z.B. beim Kaffeetrinken oder beim Eisessen in der Sonne. Hier finden Infotische statt, die unterschiedlichsten Straßenmusikant*innen bieten ihr Können dar, Nachbar*innen bleiben stehen und klönen miteinander und auch die Punks treffen sich dort.

Die Anwohnerinnen und Anwohner sind empört und wütend, sie wollen, dass der Charakter von Ottensen nicht noch weiter zerstört wird. Ottensen wird immer „schicker“, was bedeutet, dass die Mieten und die Preise in den Cafés und Restaurants weiter steigen. Viele ehemalige Ottenser wurden bereits aus dem

Viertel verdrängt, weil es für sie nicht mehr bezahlbar war. „Schick“ heißt, dass weitere langweilige Klamottenläden und Ketten wie Starbucks und Balzac (statt Zardos) usw. entstehen.

Wenn schon abgerissen werden „muss“, dann soll beim Neubau Geschosshöhe und Typologie der Bauten wiederhergestellt werden, fordern die Anwohner*innen. Ersichtlich ist, dass sich mehr Gewinne machen lassen, je höher gebaut wird. Leider fühlen sich die meisten Parteien offenbar den Investoren mehr verpflichtet als den Forderungen und Bedürfnissen der Anwohner*innen. Sie erinnern sich schmerzlich daran, dass z.B. über ihr eindeutiges Votum, das Bismarckbad zu erhalten, hinweggeplant wurde. Auch die Forderung, auf dem Zeise-Parkplatz, statt weiterer Bürohäuser (über 1 Million Quadratmeter Leerstand in Hamburg) Wohnungen zu bauen, wurde bisher ignoriert.

Die gewählten Volksvertreterinnen und Volksvertreter reden vor der Wahl zwar viel von Bürgerbeteiligung, aber sie machen nach der Wahl, was die Investoren und Spekulanten wollen! Und dann wundern sie sich, dass die Wahlbeteiligung immer geringer wird.

Im Juni haben dann Anwohner*innen die Bürgerinitiative: „Spritzenplatz bleibt!- unser Platz an der Sonne“ gegründet und starteten am 8. Juli ein Bürgerbegehren. Schnell war ein Drittel der nötigen gültigen Unterschriften gesammelt und damit gibt es eine Sperrwirkung, d.h. es darf vorerst nicht abgerissen werden. Inzwischen wurden die restlichen Unterschriften abgegeben und das nötige Unterstützungsquorum für das erfolgreiche Zustandekommen des Bürgerbegehrens erreicht. Innerhalb der nächsten zwei Monate könnte die Bezirksversammlung nun die Forderungen der BI übernehmen.

Tut sie das nicht, wird es zu einem Bürgerentscheid kommen, bei dem im ganzen Bezirk Altona abgestimmt wird.

Die BI fordert:

- **Erhaltung des jetzigen Charakters der Ecke Ottenser Hauptstraße/ Spritzenplatz**
- **Schluss mit der weiteren Zerstörung von Ottensen**
- **Bürgerwillen verbindlich machen!**

Marlit Klaus

Hände weg vom Schanzenhof!

Die Schanzenhof-Initiative wehrt sich gegen die Kündigungen zum 31.3.2016. Betroffen sind das alternative Schanzenhotel und das Bio-Restaurant, die Drogenhilfe-Einrichtung Palette e.V., die Kulturetage mit Musikerinnen und dem „Atelier für Musik und Bewegung“ mit Klavierunterricht und Kursen für Kinder und Erwachsene und die Boxschule. Das Kino 3001 hat noch einen länger laufenden Mietvertrag, wird aber danach durch die Mieterhöhung von 8,50 auf 14,00 € auch in Bedrängnis geraten. „Mit der Kündigung wird das seit 25 Jahren bestehende alternative und auf Vielfalt bedachte Projekt Schanzenhof durch die aktuellen Eigentümer Max und Moritz Schommartz zerlegt und ersetzt durch Gentrifizierung und Hochpreisigkeit. Dinge, die das soziale Zusammenleben im Schanzenviertel bereits heute überreichlich strapazieren“, schreibt die Schanzenhofini.

Wie alles begann

1990

Die Stadt kauft die alte Füllfederhalter-Fabrik von Montblanc in der Bartelsstraße / Schanzenstraße für 3,5 Mio. D-Mark (!). 1991 Die Fabrikgebäude werden nach umfangreichen 1,5 Mio. D-Mark teuren Restaurierungsarbeiten an Initiativen, Vereine, soziale, kulturelle und bildungspolitische Einrichtungen und kleine Betriebe vermietet und neu belebt. Unter ihnen das bekannte, alternative Hotel Schanzenstern mit seinem Bio-Restaurant, das Programm-Kino 3001, die Volkshochschule, das Drogenhilfeprojekt Palette e.V., „Das Atelier“. Die Mieten sind moderat. Der Schanzenhof mit seinen Mietern ist Ausdruck und Sinnbild des alternativen Lebens im Schanzenviertel. Damit hat die Stadt bewusst ein innovatives, alternatives und der Vielfalt verbundenes Projekt gefördert.

2006

Der damalige CDU-Finanzsenator Peiner wirft 52 Gebäude und Grundstücke im Höchstgebotsverfahren auf den Markt. Darunter der komplette Schanzenhof. Er geht an die DIC – Deutsche Immobilien Chancen Investmentgesellschaft, Frankfurt. Der Name ist Programm. 2008 Weiterverkauf an die Schanze 75 GmbH für 7,0 Mio. Euro (!).

2013

Weiterverkauf an die Gesellschaft bürgerlichen Rechts (GbR) der Brüder Maximilian und Moritz Schommartz für 8,5 Mio. Euro. Nennenswertes für den Bestand der Gebäude haben sie – ebenso wie ihre Vorbesitzer – nicht getan. So buchstabiert man Spekulantentum.

2015

Die Schommartz-Brüder (Maximilian wurde auf Vorschlag der SPD im Juli 2015 in die Deputation der Behörde für Wirtschaft, Verkehr und Innovation gewählt) sind mit der aktuellen Rendite offenbar nicht zufrieden. Es folgt die Kündigung mehrerer Etagen zum 31.03.2016. (...)



Restaurant und Hotel „Schanzenstern“ Foto: M. Klaus

Pikant ist auch der Verhandlungsstil der Brüder. Das Schanzenhotel verhandelte seit 2013 mit den Eigentümern. Bei diesen nicht einfachen Verhandlungen war zu keinem Zeitpunkt zu erkennen, dass dem Schanzenstern das Aus droht. Im Gegenteil. Immer neue Anforderungen der Eigentümer wurden erfüllt. Jetzt wurde bekannt, dass die Eigentümer parallel mit Stephan Behrmann, Geschäftsführer des Fritz-Pyjama Hotels am Bahnhof Sternschanze, verhandelten. „Im Schanzenviertel wollen wir ein weiteres Pyjama Park Hostel mit 21 Zimmern eröffnen“, ist in der Ausgabe 3/2015 der Zeitung „Hoteldesign“ zu lesen. Fairer Umgang zwischen Verhandlungspartnern sieht anders aus. Mit dem Aus für den Schanzenstern verlieren 40 Mitarbeiter_innen ihren Arbeitsplatz und die Stadt und das Schanzenviertel ein preisgünstiges und alternatives Hotel und Bio-Restaurant, das sich großer Beliebtheit bei den Anwohner_innen erfreut. Egal, was kommen mag: Es wird hochpreisiger sein und anderes Publikum ziehen. Die Kul-

turschaffenden verlieren nicht nur günstige Räumlichkeiten, sie sind in ihrer Existenz bedroht. Denn es ist so gut wie ausgeschlossen, in der Umgebung gleichwertigen Ersatz zu finden. Die Klient_innen der Drogenhilfeeinrichtung Palette bängen um das gute nachbarschaftliche Verhältnis, in das sie eingebettet sind und das nicht selbstverständlich ist. Die Putzkolonne der Palette verliert ihren Arbeitsplatz: die öffentlichen Flure des Schanzenhofs.

Das Übel nahm seinen Lauf mit dem Verkauf öffentlichen Eigentums 2006 durch CDU Finanzsenator Peiner. Der SPD/Grüne-Senat hat nun die Chance, diesen gravierenden Fehler zu korrigieren,

indem er den Montblanc-Komplex zurückkauft und der Gentrifizierung des Schanzenhofs einen Riegel vorschiebt.

Dafür spricht auch, dass die Volkshochschule, die den Löwenanteil der Räumlichkeiten des Montblanc-Komplexes gemietet hat und automatisch in die Mietpreisspirale einbezogen ist, eine quasi staatliche Einrichtung ist und von der Stadt finanziert wird.

Dem Spekulantentum muss ein Ende gesetzt werden, um solch alternative, soziale und kulturelle Inseln wie den Schanzenhof am Leben zu halten.

Wir fordern die Eigentümer auf: Rücknahme der Kündigungen im Schanzenhof und bezahlbare Mieten!

Wir fordern die Stadt auf: Rückkauf des Schanzenhofs schnellstmöglich!

(Leicht gekürzter chronologischer Überblick der letzten 25 Jahre vom Verein Schanzenhof)

Volksinitiative: „Rettet den Volksentscheid“ erfolgreich!

Am 30. September hat der Trägerkreis der Volksinitiative „Rettet den Volksentscheid“ über 14.500 Unterschriften im Rathaus übergeben und damit die erforderlichen 10.000 gültigen Unterschriften für ein Zustandekommen der Volksinitiative erreicht.

Zur Erinnerung: Im Mai 2015 hatte eine große Koalition aus SPD, CDU, GRÜNEN und AfD eine Verfassungsänderung zu Referenden beschlossen. Vordergründig ging es nur um das Olympia-Referendum am 29. November 2015. Tatsächlich wurde gleich die ganze Volksgesetzgebung ausgehebelt und damit demokratische Rechte der Hamburgerinnen und Hamburger eingeschränkt. Eine Volksinitiative zu Themen, die auch die Bürgerschaft besetzt, wird enorm erschwert, wenn nicht gar unmöglich gemacht. Noch bevor das neue Gesetz in Kraft trat, hatte ein Trägerkreis aus Mehr Demokratie e.V. und vielen Initiativen eine Volksinitiative dagegen auf den Weg

gebracht. Jetzt ist also die erste Hürde geschafft.

Wie wird es weiter gehen?

Die Bürgerschaft muss nun bis zum 28. Januar 2016 entscheiden, ob sie den Gesetzentwurf der Volksinitiative übernehmen will. Lehnt sie dies ab, wovon auszugehen ist, wird der Trägerkreis einen Antrag auf ein Volksbegehren stellen.

Voraussichtlich im Mai 2016 werden dann für das Volksbegehren 65.000 **gültige** (d.h. ca. 80.000) Unterschriften **in nur 3 Wochen** gesammelt werden müssen. Um das zu schaffen, benötigt der Trägerkreis ganz viel Unterstützung. Jede und jeder ist willkommen, in dieser Zeit Unterschriften zu sammeln!

Ab Februar 2016 können schon Anträge auf Briefeintragungen gesammelt werden, was auf jeden Fall schon mal eine große Hilfe ist. (Um an einem Volksbegehren teilzunehmen, müssen sich die Wahlberechtigten in ein entsprechendes Formular eintragen, was auch per Post

an das Amt geschickt werden kann, das dann mit dem Melderegister abgeglichen wird, um die Berechtigung zu klären.)

Kommt ein Volksbegehren zustande, wird –wahrscheinlich parallel zu den Bundestagswahlen 2017 – ein Volksentscheid durchgeführt, bei dem alle wahlberechtigten Hamburger und Hamburgerinnen abstimmen können.

Da bleibt noch viel zu tun. Retten wir den Volksentscheid!

Marlit Klaus



Foto: Dörte Schmidt-Reichard

Frieden für Kurdistan – weg mit dem PKK-Verbot

Die demokratische Konföderation der Völker und Religionsgemeinschaften ist der Schlüssel für ein Leben der Menschen im Mittleren Osten ohne Vertreibung, Elend und Krieg.

Drahtzieher des IS, der Al Nusra und ähnlicher Banden unterstützen und mit Waffen beliefern, andererseits fragwürdige Bombardierungen durchführen, um so die propagierten Werte wie Freiheit, Frieden und Ausbeutung in der Region durchzusetzen.

Die einzige Konzeption, die dieser ständig schlimmer werdenden Entwicklung entgegensteht, ist der demokratische Konföderalismus, der die Aufhebung der Grenzen und ein gleichberechtigtes Miteinander der Ethnien, Religionsgemeinschaften und Geschlechter vorsieht.

Dieses Konzept ist von der PKK-Bewegung unter den Bedingungen schwerster Unterdrückung und kriegerischer Bedrohung in weiten Teilen der überwiegend kurdisch besiedelten Gebiete seit Beginn des Jahrhunderts aktiv vorangetrieben worden und hat sich bisher am weitesten in Rojava in Nordost-Syrien entwickeln können. Dort, aber auch in der Türkei und Südkurdistan wird es nicht nur von Banden de IS; sondern gleichermaßen von der Armee und Sicherheitskräften des sich kontinuier-

lich faschisierenden türkischen Staates angegriffen.

Die deutsche Regierung hat Erdogan in seinem Wahlkampf und in seinem Feldzug gegen die demokratischen konföderalistischen Kräfte der Region unterstützt und leistet seinen Beitrag durch die weitergehende Verfolgung und Kriminalisierung hier lebender KurdInnen wegen Unterstützung oder Mitgliedschaft in einer ausländischen terroristischen Organisation.

Wir fordern:

- **Schluss mit den Waffenlieferungen an die Türkei, Saudi Arabien und Katar!**
- **Druck auf die Türkei zur Öffnung ihrer Grenze nach Rojava für einen humanitären Korridor!**
- **Schluss mit dem Terror türkischer Sicherheitskräfte gegen die EinwohnerInnen ganze Städte wie Cizre, Silvan oder Nusaybin!**
- **Aufhebung des PKK-Verbots und sofortige Freilassung der Gefangenen in Deutschland**

wurde als Resolution auf dem Landesparteitag am 22.11.15 verabschiedet



Demo gegen PKK-Verbot Foto: R. Schwandt

Die von den europäischen Kolonialmächten nach dem 2. Weltkrieg willkürlich gezogenen Grenzen sowie die unter US-amerikanischen Führung seit den 90er Jahren geführten Kriege sind die Ursachen dessen, was nun so bitter beklagt wird: der Terror religiös-faschistischer Banden und die nicht enden wollenden Flüchtlingsströme.

Die imperialistischen Mächte verschärfen die Situation, indem sie einerseits Saudi Arabien, Katar oder Türkei als

Der Skandal HSH Nordbank ist noch nicht beendet!

Es geht um mehr oder weniger 10 Milliarden Euro. Das hat Finanzsenator Tschentscher am 20. Oktober auf der Senatspressekonferenz deutlich gemacht. Das ist wohl die mit Abstand größte Hamburger Steuerverwendung in der Nachkriegszeit, getrieben von Gier, Unfähigkeit und Kumpanei zwischen Politik und Landesbank. Allein deshalb lohnt es sich, etwas genauer hinzuschauen und Alternativen zu diskutieren. Zumal es auch noch teurer werden kann.



Foto: Birger Gente

Zornig macht die Clique von Bankern und Politikern, die die Privatisierung der Landesbank mit Macht betrieb und am internationalen Investmentbanking teilnehmen wollte. Es ist ein Versagen des deutschen Rechts, dass dafür niemand juristisch zur Verantwortung gezogen werden konnte.

Und leider sind die Gefahren im Gegensatz zu den Äußerungen aus dem Senat noch nicht begrenzt. Der Senat sagt, dass es nur eine Alternative zu der Weiterführung der HSH Nordbank gäbe: Die unkontrollierte Abwicklung.

Die Linksfraktion hat demgegenüber seit Wochen eine geordnete Abwicklung nach dem Sanierungs- und Abwicklungsgesetz (SAG) gefordert. Zu dieser neu geschaffenen Möglichkeit, Banken in Deutschland geordnet abzuwickeln und öffentliches Eigentum und Interesse zu schonen, hat sich der Senat nicht verhalten. Dieser Weg unterscheidet sich nicht in der zeitlichen Abfolge von dem jetzigen Senatsweg. Erst gibt es auch nach dem SAG eine Sanierungsphase, in der die Geschäftsfelder und Kredite der

Bank geprüft werden. Erst wenn die unabhängigen Kontrolleure keine Zukunft für die gesamte Bank sehen, wird ein Plan entwickelt, wie und in welcher Zeit einzelne Teile der Bank eigenständig weitergeführt oder veräußert werden. Aber es gibt zwei Unterschiede:

Der bisherige Bankvorstand wird abgelöst und unabhängige Kontrolleure übernehmen die Beurteilung.

Das halte ich nach mehrmaligen kräftigen Fehleinschätzungen aus der Bank heraus für notwendig. Zusätzlich gab es innerhalb der Bank nicht nur aus der Zeit von 2006 bis 2008, sondern auch darüber hinaus kriminelle Aktivitäten (wie die Hilfe bei Steuerhinterziehung über CumEX-Geschäfte), die das Vertrauen in die Bankführung zerstört haben. Und ärgerlicherweise wurden wichtige Verträge der Vorstände Mitte des Jahres noch einmal um Jahre verlängert. Warum bezahlt der Senat diesem Vorstand noch einmal einige Jahre für eine weitere Chance?

Für die Sanierung der Bank werden nicht nur die Eigentümer und Garantiegeber (also Hamburg und Schleswig-Holstein), sondern auch die institutionellen Investoren (z.B. Hedgefonds etc.) herangezogen.

Diese feierten am Tag nach der Verkündigung der Vereinbarung der Länder mit der EU am 21. Oktober ein Freudenfest. Die Kurse dieser Papiere stiegen sofort um über 30 Prozent!! Und der Senat muss uns die Antwort geben, warum er diese Anleger von den Sanierungskosten befreien wollte und damit sämtliche Kosten der öffentlichen Hand aufhalste.

Hamburg und Schleswig-Holstein bekommen noch einmal zwei Jahre Zeit. Der Senat verspricht sich davon eine weitere Chance auf eine verbesserte Situation. Allerdings haben die Aussagen der Ratingagentur Fitch diese Hoffnungen sofort in Frage gestellt. Diese haben, wie die anderen Agenturen, die kurzfristigen Aussichten für die Bank positiver eingeschätzt. Das liegt auf der Hand, da die Bank zu Lasten der Steuerzahler entlastet wird. Aber für die Zeit danach, ohne die Länderhaushalte im Rückhalt, hat die Ratingagentur Fitch die Aussichten auf „Ramsch“ gestellt. Selbst der gutmütigste Betrachter der Bank stellt voller Sorge

fest, dass nicht norddeutsches Untermertum im Zentrum des Neugeschäfts steht, sondern Immobiliengeschäfte europaweit. Hier besteht durchaus wieder die Gefahr einer neuen Blase.

Die gewonnene Zeit ist also eine neue Spekulation des Senats, die die Landeshaushaltsordnung nicht erlaubt.

Bleibt das Argument der Arbeitsplätze. Auch die jetzige Vereinbarung mit der damit verbundenen Privatisierung bedroht viele Arbeitsplätze, gerade auch in Kiel. Andere Abteilungen werden weiterhin eine Zukunft haben und das Sanierungs- und Abwicklungsgesetz (SAG) berücksichtigt ebenso die Arbeitsplätze.

Das Mantra von Scholz und Tschentscher, dass der Senat die Krise der HSH Nordbank jetzt im Griff hat und sich die kritische Situation der Bank über die Jahre besserte, ist falsch. Die Darstellung von CDU, SPD und Grünen nach der Restrukturierung 2009 war: Die Lösung ist gefunden: Die 3 Mrd. Eigenkapital kriegen wir vielleicht sogar über die Garantiezahlungen zurück, die Garantie über 10 Mrd. wird nach kurzer Zeit Jahr für Jahr zurückgefahren und dann ist die Bank wieder in der Spur. Die Gefahr, dass die Garantie in Anspruch genommen wird, läge bei unter 10 Prozent.

Nach sechs Jahren stellen wir fest: die Garantie wird garantiert in Anspruch genommen – hoffentlich reicht sie aus. Das Gespenst ist nicht eingesperrt. Es ist lebendig und über die Jahre größer geworden.

Wir halten es für einen Fehler, dass der Senat sich – im Gegensatz zu seinen Darstellungen – auf neue Spekulationen einlässt. Die verkündete Vereinbarung mit der EU lässt private Investoren aus der Verantwortung, verlängert das kostspielige Dasein des bisherigen Vorstandes und setzt auf ein Geschäftsmodell, das nicht überzeugt. Das wird nicht nur teurer, sondern auch gefährlich.

Dagegen fordern wir, den Weg über das Sanierungs- und Abwicklungsgesetz (SAG) zu gehen!

Norbert Hackbusch,
haushaltspolitischer Sprecher, DIE LINKE
in der Hamburgischen Bürgerschaft

335.638 mal NEIN – Olympia in Hamburg ist Geschichte, bevor sie beginnen konnte

Welche Überraschung! Über Monate wurde für eine olympische Bewerbung Hamburgs getrommelt. Alle Hamburger Printmedien, große, international agierende Unternehmen aus Wirtschaft und Industrie, die Handelskammer, Sportverbände, der HSV und viele sogenannte Prominente ließen keine Gelegenheit aus, auf die wahlberechtigten Menschen in der Stadt einzuwirken und Olympia nach Hamburg zu holen. Die „Bild“ brachte eine Olympia-Sonderausgabe in einer Auflage von 950.000 Gratiszeitungen heraus. Auch alle anderen Blätter ließen sich nicht lumpen. Olympia war ihr Dauerwerbethema. Sie wollten unter allen Umständen das Referendum pro Olympische Spiele in Hamburg herbeischreiben. Es wurde viel, sehr viel Geld dafür aufgewandt. Doch mit der gesunden Skepsis und der politischen Weitsicht vieler Hamburger BürgerInnen hatten sie nicht gerechnet. Die Olympia-BetreiberInnen haben eine derbe Niederlage erfahren. Und das ist gut so!

Was hätte sich Hamburg nicht alles eingehandelt:

Einen Knebelvertrag mit dem der Korruption nicht unverdächtigen IOC, der unsere Stadt gezwungen hätte, die finanzielle Last weitgehend allein zu tragen.

Demokratiefreie Zonen ohne jedes Recht auf öffentliche freie Meinungsäußerung, denn der Vertrag mit dem IOC verbietet öffentliche und auch private Versammlungen, faktisch eine Aufhebung des Demonstrations- und Versammlungsrechts.

Exorbitant steigende Mieten, die nur noch von Menschen mit hohen Einkommen getragen werden können und alle anderen verdrängt hätte.

Explodierende Mehrkosten, denn nirgendwo blieben in der Vergangenheit die ausrichtenden Städte im Rahmen der ursprünglichen Ausgabenplanungen, weder in London noch in Peking, Athen, Atlanta, Barcelona oder in Montreal. Die Kosten stiegen vielmehr um ein Vielfaches. Bei 11,2 Milliarden wäre es für Hamburg niemals geblieben. Schulden, Haushalts-

sperren, Kürzungen in allen sozialen Bereichen, Investitionsstaus, eine marode Infrastruktur und vieles mehr wären die Folge gewesen.

Das Ergebnis des Referendums, nur 48,4 Prozent stimmten für Olympia, ist eine Niederlage für Bürgermeister Olaf Scholz. Er hat sich weit aus dem Fenster gehängt und konnte trotz der massiven Unterstützung nicht überzeugen. Des Kaisers neue Olympiakleider spiegeln den Vertrauensverlust bei der Hamburger Bevölkerung wider. Nicht die Ausrichtung olympischer Teuerspiele ist visionär, sondern die nachhaltige Gestaltung einer blühenden Stadt, in der soziale Gerechtigkeit, Solidarität, friedliches Zusammenleben, gute Bildung für Alle, weniger automobiler Individualverkehr zugunsten der öffentlichen Personenbeförderung, gute Luft, viel Grün und kleine Mieten zuhause sind. Es sind keine olympischen Spiele notwendig, um marode Schulgebäude und Sporthallen zu sanieren, neue U- und S-Bahn-Linien zu bauen oder preiswerten Wohnraum zu schaffen.

Die Printmedien erlitten ebenfalls eine Niederlage. Olympiabegeisterung bedeutet nicht, dass so unverhohlen einseitig agiert werden darf wie es geschehen ist. Das Hamburger Abendblatt war schon im Titel jeder Ausgabe der letzten Monate „Feuer und Flamme für Olympia“, jeden Tag mindestens eine Seite pro Olympia, wenig Raum für Entgegnungen und Stellungnahmen von OlympiagegnerInnen, mit vielen Pro-Werbeanzeigen großer Unternehmen und Verbände und erstaunlich wenigen Veröffentlichungen von Leserbriefen, die sich gegen die Ausrichtung der Spiele 2024 aussprechen. Ob Bild, Hamburger Morgenpost, Hamburger Abendblatt oder Die Welt, alle protegierten Hamburgs Bewerbung mit aller Macht: Gedruckte Meinungsmache statt Meinungsvielfalt!

Verlierer sind auch Vattenfall, British American Tobacco, Signal Iduna Gruppe, ECE, die Werber Jung von Matt, Behrendt Wohnungsbau KG, HiH Real Estate, die HSH Nordbank, Union Investment, Beiersdorf, die Techniker Krankenkasse

und viele andere Großunternehmen, die auf dicke Gewinne hofften und entsprechend Power entwickelten. Die „Olympia-Initiative für Hamburg“ wurde vor allem von privatwirtschaftlichen, kapitalistischen Unternehmen wie ihnen getragen, nicht etwa von vielen Menschen aus allen Teilen der Gesellschaft. Träger der



Graffito: Criminal Chalkist, Bristol

Initiative ist die „Feuer und Flamme für Hamburg GmbH“ mit der Postadresse der Handelskammer.

Verloren haben auch Sportverbandsfunktionäre, Sportvereine und der Deutsche Olympische Sportbund, die unbedingt die Spiele nach Hamburg holen wollten und dabei verkannten, wie Korruptionsvorwürfe, das systematische Doppen von AthletInnen, in vielen Verbänden der Welt geduldet oder gar gefördert, der Raubbau, der an Umwelt und Natur beim Bau der Olympiastätten betrieben wurde, ein wenig überzeugendes nachhaltiges Konzept oder wie hohe Preise für Besuchertickets, an die viele Sportinteressierte nicht gelangen werden, weil sie wie bei FIFA-Fußballweltmeisterschaften in eher undurchsichtigen Verfahren vergeben werden, die Menschen abschrecken.

Gewonnen haben die Initiative NOlympia und die Partei DIE LINKE, die sich klar gegen die Ausrichtung der olympischen Spiele in Hamburg positioniert hatten. Es war keineswegs leicht, sich nicht von der geballten Werbewucht entmutigen zu lassen und sich auf zahlreichen Veranstaltungen gegen alle anderen zu behaupten. Überzeugt haben letztlich gute Argumente und nicht das geballte mediale Feuer. Die Kleinen konnten sich gegen die Großen durchsetzen, das ist die eigentlich echte Überraschung dieser Wochen.

Volker Vödtsch

ALiNa – Interview

Die Methode von Karl Marx und Friedrich Engels

Seit März 2015 bieten die Teamer Heinz-Dieter Lechte und Volker Vödtsch (Goli) einen Grundlagenkurs Marxismus an, dem sie den Namen „Die Methode von Karl Marx und Friedrich Engels“ gegeben haben. Seitdem fanden im Monat bis zu drei Treffen statt. Der erste Themenblock hieß „Mensch und Gesellschaft“, der zweite „Politische Ökonomie“. Ab Januar 2016 heißt das Leitthema „Demokratischer Sozialismus versus Kapitalismus“. Diskutiert werden Politische Theorien, Politische Bewegungen, die Entwicklung des Kapitalismus und die Chancen des Sozialismus im 21. Jahrhundert.

ALiNa: Goli, Dieter, wie kamt ihr auf die Idee, diesen Kurs anzubieten?

Goli: Wir haben festgestellt, wir beide sind absolute Fans des Erfurter Programms der Partei DIE LINKE. Darin steckt so viel, was noch gehoben und vertieft werden muss. Was zum Beispiel ist das dort genannte Ziel Demokratischer Sozialismus konkret für uns?!

Dieter: Ich teile, was ich im November 2013 auf dem Hamburger Bildungstag von Heinz Hillebrand, dem Bereichsleiter Politische Bildung in der Bundesgeschäftsstelle der Partei DIE LINKE hörte. Er sorgte sich darum, ob man in der Partei zukünftig noch verstehen wird, was die Grundlage des Parteiprogramms ist, wenn die Politische Bildung nicht intensiviert wird.

Ab September 2014 haben Goli und ich an der Struktur gebastelt. Sehr geholfen hat uns dabei der Online-Kurs der Partei DIE LINKE 1.

ALiNa: Was ist denn die Methode von Karl Marx und Friedrich Engels nach der ihr euren Kurs benannt habt?

Goli: Das meint den Historischen und Dialektischen Materialismus. Das ist – nicht nur – aber vor allem, eine Denkweise, eine erkenntnistheoretische Methode, die beide sowohl in ihren Werken als auch in ihrer Politik anwandten. Die

Dialektik darin geht auf Hegel zurück.

Marx schrieb einmal an Engels, wenn er je wieder Zeit bekomme, hätte er große Lust das Rationelle an der Methode, die Hegel entdeckt, aber zugleich mystifiziert hat, dem gemeinen Menschenverständnis zugänglich zu machen. Leider fand er diese Zeit nie. Das ist einer der Gründe weshalb es sich lohnt Marx und Engels zu studieren, ob anhand der Originale oder in der Sekundärliteratur. Die Denkweise, mit der sie sich historisch-materialistisch den verschiedensten Gegenständen ihrer Zeit widmen, das ist Dialektik.



Heinz-Dieter Lechte

Dieter: Mein französischer Freund Jan-Pierre schrieb mir nach den Terroranschlägen in Paris, wir sollten aufmerksam sein, das menschliche Biest sei unterwegs. Das ist die typische Sichtweise auf den Menschen als ein Wesen, das immer gleich ist. Das ist natürlich unsinnig. Es schaut weder auf die Zeit, noch auf die Gesellschaft in dieser Zeit. Die menschliche Praxis wird völlig ausgesperrt. Der Mensch ist immer Gewordensein und Werden. Das Gewordensein zu analysieren und zu verstehen, das Werden aktiv anzugehen, das gilt für das Individuum als auch für die Gesellschaft. Darauf zielt auch unser Grundlagenkurs. Wenn man so denkt wie es Jan-Pierre gelernt hat, braucht man keinen Versuch zu unternehmen, die Gesellschaft zu verändern. Denn sein Menschenbild ist nicht so, dass das jemals erfolgreich sein könnte. Wem nutzt das? Jan-Pierre ganz bestimmt nicht! Er ist weder Kapitalist,



Volker „Goli“ Vödtsch

Militarist, noch reich oder bürgerlicher Politiker oder sonst ein Parteigänger der Verhältnisse. Das sollte man sich immer zuerst fragen: Wem nutzt das?

ALiNa: Wie ist die Resonanz auf euer Angebot?

Goli: Das Seminarangebot wurde in der Partei sehr begrüßt. Allerdings fiel die TeilnehmerInnenzahl kleiner aus, als wir anfangs erwartet hatten. Es hat sich inzwischen ein fester und diskussionsfreudiger Stamm gebildet und wir freuen uns auf die Fortsetzung am 4. Februar. Neue können gern hinzukommen, denn der Grundlagenkurs ist soweit beendet und wir starten ein neues Thema.

ALiNa: Ihr macht jetzt eine Pause. Anfang Februar geht es dann mit dem neuen Thema „Demokratischer Sozialismus versus Kapitalismus“ weiter. Was werdet ihr inhaltlich anbieten und wie werdet ihr methodisch vorgehen?

Dieter: Gute Frage! Ehrlich? Wir wissen es noch nicht genau! Das hat Gründe. Wir wissen nicht, wer die Teilnehmenden sind. Kommen die, die bislang mitmachen, wieder? Wer werden die Neuen sein, die hinzukommen? In den ersten beiden Teilen mussten wir ziemlich schulisch vorgehen. Die Gespräche waren häufig Lehrgespräche, weil im Vordergrund stand, Inhalte zu vermitteln. Das war für die, die das schon kannten nicht immer befriedigend. Jetzt wird vermutlich die Diskussion mehr in den Vordergrund rücken. Denn wohin der Kapitalismus geht

und wie Sozialismus im 21. Jahrhundert aussehen könnte, wissen Goli und ich auch nicht besser als die Teilnehmenden.

Goli: Der klassische Weg wäre der historisch-materialistische Rückblick von der Französischen Revolution bis zum Stalinismus und weiter bis in die Jetztzeit. Doch können wir das leisten, wollen wir das leisten, wollen die Teilnehmerinnen und Teilnehmer das hören? Ein anderer Weg ginge beim Heute los und erst da und dann in die Geschichte, wenn die Diskussion davon bestimmt wird. Wenn man also zum Beispiel merkt, dass das, was man über den Stalinismus gelernt

hat, die Sicht auf einen möglichen Sozialismus der Zukunft behindert.

Dieter: Wir müssen auch noch schauen, ob wir geeignete Literatur finden. Denn das eine Buch, dass wir zum gemeinsamen Lesen, allen in die Hand drücken könnten, gibt es leider nicht. Oder nicht mehr. Viele gute Titel sind leider vergriffen.

ALiNa: Wer kann teilnehmen?

Goli: Jede und jeder! In unserer Partei sind selbst die Mitgliederversammlungen öffentlich. Da wäre es komisch, die Bildungsveranstaltungen wären es nicht!

ALiNa: Und wann genau geht es weiter?

Dieter: Am 4. Februar ist die Auftaktveranstaltung. Wir veröffentlichen den Termin noch auf unserer Internetseite www.die-linke-altona.de. Ort ist das Parteibüro der Linken (Am Felde 2 im Gewerbehof, nicht weit entfernt vom Bahnhof Altona). Übrigens viel gemütlicher als es sich anhört. Und über neue TeilnehmerInnen würden wir uns sehr freuen.

Wer zu den jeweiligen Treffen mit den konkreten Themen eingeladen werden möchte, möge sich bitte zwecks Aufnahme in den Verteiler über hdlechte@hotmail.com an mich wenden.

Bomben schaffen keinen Frieden, sie schaffen Terroristen!

Am 4.12.2015 hat der Bundestag mit einer großen Mehrheit von 445 zu 145 Abgeordneten beschlossen, die Bombardierung Syriens durch Aufklärungstornados, Betankungsflugzeuge, ein Kriegsschiff und 1200 SoldatInnen zu unterstützen.

Die Täter der entsetzlichen Anschläge von Paris waren belgische und französische StaatsbürgerInnen. Niemand würde auf die Idee kommen, jetzt die Vorstädte von Paris und Brüssel zu bombardieren. Jeder weiß, dass dabei vorwiegend unschuldige Menschen getroffen werden. Aber in Syrien werden Städte wie Rakkar etc. bombardiert, um den IS zu bekämpfen. Aber auch hier wird es in erster Linie unschuldige ZivilistInnen treffen: Männer, Frauen, Kinder, besonders Alte, Arme und Kranke, die sich eine Flucht nach Europa nicht leisten, aus körperlicher Schwäche nicht antreten können oder aus anderen Gründen dort ausharren. Laut der Hilfsorganisation „Ärzte ohne Grenzen“ sind in den vergangenen Monaten allein 12 Krankenhäuser bombardiert worden. Die von der Allianz der kriegsführenden imperialistischen Staaten beschlossenen verstärkten Bombardierungen werden zu weiterer Flucht und Vertreibung führen und es wird Menschen in ihrer Trauer und Wut über die Auswirkungen der Bomben in die Arme des IS treiben. Bombenkrieg ist Terror. Die Spirale der Gewalt wird weiter angeheizt.

Was jetzt außerdem konkret passieren

wird, ist die Bombardierung der Ölfelder und Transporte im IS Gebiet. Die Folge sind nicht nur mehr Tote durch Bomben, sondern ein Winter ohne Heizöl. Das gilt für ganz Syrien, Kurden, Araber, das Assad-Regime eingeschlossen. Und das wird die Bevölkerung dem „Westen“ anlasten, nicht dem IS.

Seit 2001 nach den Anschlägen in den USA wird in Afghanistan, dann im Irak, jetzt in Syrien vorgeblich Krieg gegen den Terrorismus geführt. Damals lag die Zahl der international bekannten gefährlichen Terroristen bei ca. 100, inzwischen sind es 100.000-de (jw 5./6.9.15). Der gemeinsame Gegner, der die Länder in Schutt und Asche bombt und die Verzweiflung der Menschen führen dazu, dass die Terrorbanden wie IS, Taliban, Boko Haram usw. an Zulauf gewinnen. Haben die Kriegsparteien in 14 Jahren nichts dazu gelernt? Oder geht es gar nicht um die Bekämpfung von Terroristen und den Kampf für Menschenrechte und Demokratie? Strategisch sind die Länder, die die kriegsführenden Staaten destabilisiert haben, sehr wichtig. Hier Macht und Einfluss zu gewinnen ist oberstes Gebot. In Rojava entsteht eine Alternative zum Kapitalismus. Das könnte Schule machen und ist den Imperialisten ein Dorn im Auge! Und es geht auch um Öl- und Gasvorkommen, die hier reichlich zu erbeuten sind. Und alle wollen sie mitmischen: die USA, Frankreich, Großbritannien, Deutschland, die Türkei und auch Russland hat hier seine besonderen Interessen.

Die Terroranschläge von Paris (und die Absage des Fußballspiels in Hannover) werden dazu benutzt, die Bevölkerung für die Kriegseinsätze zu gewinnen. Bisher war bekannt, dass eine Mehrheit der deutschen Bevölkerung sich gegen eine deutsche Beteiligung an den Kriegen aussprach. Jetzt gibt es einen Stimmungsumschwung! Laut einer ARD-Umfrage befürworten 56% der Befragten den Einsatz der Bundeswehr in Syrien. Wenn man wirklich den IS bekämpfen wollte, müsste man

1. Frieden schaffen durch Verhandlung aller beteiligten Parteien.
2. Sofort alle Waffenlieferungen in den Nahen und Mittleren Osten (Saudi-Arabien, Katar, Türkei usw., die wiederum den IS beliefern) und weltweit stoppen.
3. Den IS finanziell ausbluten.
4. Den IS ideologisch bekämpfen.
5. Die Türkei stoppen, die Krieg und Terror gegen die Kurden und Rojava führt und den IS unterstützt, von der aus jede Nacht Hunderte neue gut ausgerüstete IS-Kämpfer über die Grenze nach Syrien gelangen. Stattdessen verbünden sich Merkel und Co mit Erdogan, damit die Türkei die Flüchtlinge, die dieser Krieg hervorruft, davon abhält, nach Europa zu gelangen.
6. Armut, Ausgrenzung, Arbeits- und Perspektivlosigkeit in den Vorstädten bzw. vernachlässigten Stadtteilen europäischer Großstädte (Paris, Brüssel, London, Berlin, Hamburg, Dortmund, Wolfsburg usw.) bekämpfen.

Marlit Klaus

Bilderrätsel



Fotos: M.Klaus



Auflösung Bilderrätsel aus der ALiNa Nr. 7:
„Was ist das? Und wo gibt es das in Altona?“

Auflösung:

Es war das Pissoir auf dem Alma-Wartenberg-Platz, 100-mal dran vorbeigegangen und nie entdeckt?

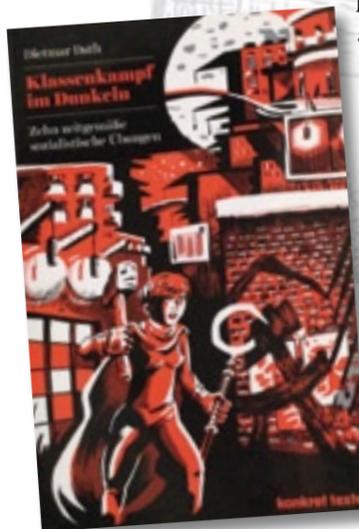
Ratet ihr das?

Wo ist dieser Stein inzwischen zu finden?



Sozialismus as soon as possible

Dietmar Dath, Jahrgang 1970, hat etliche Romane und wissenschaftliche Bücher veröffentlicht. Man darf ihn getrost einen Vielschreiber nennen. Einige nehmen ihn hauptsächlich als Science-Fiction-Autor wahr, andere kennen ihn als Verfasser zahlreicher wissenschaftlicher und politischer Bücher. FAZ-Leser kennen ihn als Essayisten und Kolumnenschreiber. Sein wohl bekanntestes Buch heißt *Maschinenwinter* (2008).



Dietmar Dath bezeichnet sich selbst als Kommunisten. Er äußerte in einem Interview mit der Welt, dass er Lenins Schriften „Staat und Revolution“ und „Was tun!“ für sehr nützlich hält und stellt sich damit außerhalb des Diskurses, der, oft auch unter Linken, nur noch Gramsci gelten lässt.

Das heute besprochene Buch „Klassenkampf im Dunkeln“ trägt den Untertitel „Zehn zeitgemäße sozialistische Übungen“.

Aus dem Fenster schauen, ob draußen schon Sozialismus ist, der widerwärtige Neoliberalismus schon nach Luft schnappt oder sich immer noch pudelwohl fühlt – das ist Dietmar Daths Sache nicht. Seine zehn analytischen Aufsätze zielen aufs Handeln. Sozialismus as soon as possible.

Weltuntergangsfantasien und Verelendungsideen sind ihm zuwider. Er wünscht sich dagegen, dass es den Menschen auch auf dem Weg vom Kapitalismus zum Sozialismus so gut als möglich geht.

Bücherkiste Links

Gleich im ersten Aufsatz entwirft er eine Theorie, die an die „4-in-1-Perspektive“ von Frigga Haug erinnert. Er nennt es Zeitsorten: Arbeitszeit, Konsumzeit, politische Zeit und unbestimmte Zeit und schreibt dazu: „Niemand darf in diesem Gemeinwesen über die Arbeitszeit einer anderen Person so verfügen, dass damit ein Zugewinn an Konsumzeit, politischer Zeit oder unbestimmter Zeit für diejenige Person erwirtschaftet wird, die fremde Arbeitszeit kommandiert und sich ihre Ergebnisse aneignet.“ Das genau geschieht im Kapitalismus. Nicht Geld eignet sich der Kapitalist vom Arbeiter an, sondern Zeit. Verhindert werden soll das durch Zeitkonten. Dem Leser mag es dabei kalt den Rücken herunterlaufen, weil er das mit den Datenkraken globaler Internetkonzerne und staatlicher Geheimdienste verbindet. Doch Dietmar Dath denkt vom Sozialismus her. Was sich heute gegen uns wendet – digitale Ausspähung und bestimmte Formen der Produktivitätssteigerungen – sieht er als Chance. In den Händen der Arbeiterklasse wird der Fluch zum Segen. Planwirtschaft wird möglich auf einem Datenniveau, von dem der vergangene Sozialismus nur träumen konnte. Wenn es keine Lohnarbeit mehr gibt, kann man auch gelassenes Geld beim Tausch einsetzen, schreibt er. Konsumgüterproduktion werde sich von Warenproduktion emanzipieren, „genau wie sich die Sexualität von der Fortpflanzung emanzipieren kann“.

Insgesamt liefert er eine vielschichtige Besprechung der gesellschaftlichen Phänomene, die er mit einer positiven Grundhaltung zu einer sozialistischen Zukunft verbindet. Auf die Frage, ob der Mensch wirklich in der Verfassung ist, eine andere Gesellschaft aufzubauen, antwortet er mit einer Strophe Peter Hacks: „Die Menschen wären böse? Lass den Stuss! Kaum einer ist viel schlechter, als er muss.“

Dietmar Dath
Klassenkampf im Dunkeln
konkret texte 2014, 151 Seiten
15,00 Euro

vorgestellt von Heinz-Dieter Lechte

Regelmäßige Termine

Mitgliederversammlung

Jeden ersten Montag im Monat um 19:30 Uhr
im Parteibüro Am Felde 2, 22765 Altona

Bezirksvorstandssitzung

Jeden dritten Montag im Monat um 19:00 Uhr
im Parteibüro Am Felde 2, 22765 Hamburg

Bezirksversammlung Altona

Jeden vierten Donnerstag im Monat um 18:00 Uhr
im Rathaus Altona, Kollegiensaal 1. Stock
Platz der Republik 1, 22765 Hamburg

Arbeitskreis Kinder- und Jugendarbeit in Hamburg, Fachforum der Linken

Jeden zweiten Mittwoch im Monat um 19:15 Uhr
in der Geschäftsstelle der Bürgerschaftsfraktion
Lilienstraße 15, 20095 Hamburg

Stadtteilgruppe Altona-Altstadt

Werner Haertel, Telefon: 040 – 200 54 67
nächstes Treffen bitte erfragen

Stadtteilgruppe Altona-Nord

Jeden vierten Dienstag im Monat um 19.30 Uhr
im Bürgertreff Altona-Nord, Gefionstraße 3, 22769 Hamburg

Stadtteilgruppe Bahrenfeld

Volker Vödisch, Telefon: 01577-245 11 70,
volker-voedisch@t-online.de
Horst Schneider, horst.schneider@linksfraktion-altona.de
nächstes Treffen bitte erfragen

Stadtteilgruppe Elbvororte

Jeden zweiten Dienstag im Monat um 19.30 Uhr
im Restaurant Blankenese
Schenefelder Landstraße 169 (Iserbrook), 22589 Hamburg

Stadtteilgruppe Lurup/Osdorf

Jeden dritten Mittwoch im Monat um 19.30 Uhr
im Stadtteilhaus Lurup (Lesecafé),
Böverstand 38, 22547 Hamburg

So erreichen Sie uns:

Web: www.die-linke-altona.de

Mail: info@die-linke-altona.de

Tel.: 040 – 41 35 85 20

Post: DIE LINKE. Bezirksverband Altona
Am Felde 2 · 22765 Hamburg

Bank: DIE LINKE.Altona

Hamburger Sparkasse | BLZ 200 505 50 | Konto 1268151923

IBAN: DE44 2005 0550 1268 1519 23 | BIC: HASPDEHHXXX

So erreichen Sie die ALiNa-Redaktion:

Mail: alina@die-linke-altona.de

Impressum:

Redaktion: Irfan Cüre, Birger Gente, Metin Kaya, Marlit Klaus, Heinz-Dieter Lechte, Volker Vödisch

V.i.S.d.P.: Beate Reiss · Am Felde 2 · 22765 Hamburg

Gestaltung: Karin Desmarowitz · www.karindesmarowitz.de

Titelfoto: Zeltunterkünfte für Flüchtlinge in der Schnackenburgsallee Hamburg, **Foto:** Stille Landschaften

DIE LINKE.
BEZIRKSVERBAND ALTONA

In eigener Sache

Liebe Leserinnen und Leser,

wir sind dankbar für Rückmeldungen zur ALiNa. Über Kritik, Anregungen, Verbesserungsvorschläge sowohl zum Inhalt als auch zur Gestaltung würden wir uns freuen. Was gefällt Euch bzw. Ihnen, was wird vermisst, was sollten wir anders machen? Auch neue, aktive MitarbeiterInnen in der Redaktion sind herzlich willkommen.

Wir sind unter der Email-Adresse alina@die-linke-altona.de erreichbar.

Die Alina-Redaktion